

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Russlands 2 Mark. Monat. Einzeln. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 4 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. Juni 1894.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

### Abonnements-Einladung.

Wir ersuchen alle unsere Freunde und Genossen, nach Kräften für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises zum 1. Juli thätig zu sein. Es ist das eine Parteipflicht. Die Hauptstärke einer Partei liegt in ihrer Presse — je mehr Leser ein Blatt hat, desto größere Macht hat es, und je größer die Macht der Parteipresse, desto größer die Macht der Partei, wer dem Partei-Organ neue Leser zuführt, stärkt sonach die Partei.

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

### „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsbedeuteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,**

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

**3,30 M. für die Monate Juli-August-September** entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.)

In unserer Nummer 71 begannen wir die Veröffentlichung des geschichtlichen Romans

### Der Jude.

Von Spindler.

Neu eintretenden Abonnenten werden die bisher erschienenen Nummern auf Verlangen nachgeliefert.

Nach diesem Roman werden wir einen anderen veröffentlichen, der in Berlin spielt und die März-Ereignisse des Jahres 1848 schildert.

Die Redaktion und Expedition des

### „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

### Feuilleton.

#### Der Jude.

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von E. Spindler.

„Gleich, gleich“, stotterte Diether halb außer sich, nach Mantel und Bier rufend, welches ihm der Stubendiener zögernd und faul herbeibrachte. Indessen ging die Nachricht schnell um die ganze Tafel, und Dagobert sprang ebenfalls auf, um dem Vater zu folgen, der sich gerade der Thüre näherte, als der Schultheiß zu dem Bürgermeister laut genug sagte: „Wie könnt Ihr nur eine Frage verschenden nach dem Thäter, wohlweiser Herr? Wie die Sachen in jenem Hause stehen, ist mir nicht fremd. Man muß wissen, daß die Stiefmutter und der eigene Bruder die arme Schwester stets verfolgten, und daß der erste ein leiblicher Bruder ein weitberühmter Buschklepper ist, der in Stadtbann wie im Kirchenbann liegt, um den ganzen Handel begreifen zu können.“ — Diether horchte hoch auf; schleuderte dann einen vernichtenden Blick auf seinen Sohn, und rannte ungestüm aus der Thüre. Dagobert, den Groll des Vaters übersehend, trat jedoch festen Schritts und schnell auf den Schultheiß zu, und sagte mit Gewicht: „Wie mögt Ihr nur, edler Herr, solch unüberlegt Wort in offener Gesellschaft meinem Vater und mir zum Gehöre reden? Wie mögt Ihr meine Stiefmutter beschimpfen, die des Leutenburgers sittenlosen, übeln Wandel nicht theilt, sondern stets ein Muster von Rechtschaffenheit für die ganze Stadt gewesen?“

Der Mitter maß den Jüngling, auf den sich alle Blicke richteten, vom Kopf bis zu den Füßen, und verzog höhnisch den Mund. „Wenn ich auch sehr gut begreife“, sprach er, „wie es kommt, daß hier der Stiefsohn für die Stiefmutter so heftig Partei nimmt, so möchte ich das Recht wohl kennen, das Euch zusteht, mich zur Rede zu stellen?“

### Die Präsidentenwahl in Frankreich.

Frankreich hat seit heute Nachmittag wieder einen Präsidenten. Nach harten Kämpfen innerhalb der Fraktionen trat heute um 1 Uhr der Kongress, die Versammlung sämtlicher Deputirten und Senatoren zusammen und wählte gleich im ersten Wahlgange Casimir Perier zum Präsidenten der Republik.

Wer ist Herr Perier? Die nach Neußerlichkeiten urtheilen, werden antworten, er war Präsident der Kammer, Präsident des Ministeriums, Sohn eines der Bourgeoisie aus Herz gewachsenen, gemäßigten Republikaners und Enkels eines Ministers Louis Philipp's.

Ist nun Herr Perier deshalb gewählt worden?

Nein, Herr Casimir Perier ist gewählt worden, weil er so gemäßigt ist, daß man ihn für einen geheimen Orleansisten hält, er ist gewählt worden, weil er der reichsten französischen Bourgeoisie angehört, weil sein Vermögen nach Tugenden von Millionen zählt, weil er dem Kreise der Rothschild und Leon Say angehört, weil er ein sicherer Vertreter des Großkapitalismus sans phrase ist, weil er die Garantie bietet, ein reiner, vor keinem Mittel zurückschreckender Vertreter der Klasseninteressen der Bourgeoisie zu sein. Er wurde gewählt, weil sein Kapital in Fabriken und Bergwerken angelegt ist, weil er an den sozialen Kämpfen als Großunternehmer mitinteressirt ist. Niemand weiß etwas von hervorragenden Eigenschaften des Geistes und des Charakters Casimir Perier's, daraus wird von den herrschenden Klassen Frankreichs gerne verzichtet, wenn ihr Vertreter nur sicher ist als ein Mann, dem die „Heiligkeit des Eigenthums“ höher steht als alle Grundsätze einer Republik.

Wie tief ist Frankreich seit sieben Jahren gesunken! Als zum letzten Male, vor 6 1/2 Jahren, sich der Kongress versammelt hatte, stand Frankreich unter dem Eindrucke der Korruption Wilson's.

Man wandte sich ab von den Kandidaten Ferry und Freycinet, man griff nach einem Mann, an den niemand gedacht hatte, nach Carnot, und einzig deshalb, weil man von ihm wußte, daß er ein ehrlicher Mensch war, der Steuerhinterziehungen seitens reicher Unternehmer

als Finanzminister nicht zugelassen hatte. Ein ehrlicher Mann mußte Präsident der Republik werden, das wurde begriffen und mit ungeheurer Mehrheit wurde Sadi Carnot nach einem vergeblichen Wahlgange zum Oberhaupt der Republik gemacht.

Seitdem hat Frankreich den Panamaschwindel erlebt, der sich zu der Wilson-Affäre wie ein Rehberg zum Chimborasso verhält, wer anders war da vorausbestimmt zum Präsidenten der Republik, als der Mann, der wegen seines fiedelosen Charakters in ganz Frankreich geehrt ist und der deshalb allein ernsthaft in Frage kam, als über den Vorfall in der Panama-Untersuchungskommission bestimmt wurde, Brissou. Diesem Manne sicherten deshalb auch die Sozialdemokraten sofort ihre Stimmen zu, obgleich Brissou politisch und sozial ihr Segner ist. Diese Ueberwindung der Sozialdemokraten ist dem Großkapital fremd, sie brauchten keinen Charakter, sie wollten eine Faust haben, einen Mann, der mit der Großbourgeoisie steht und fällt, einen Mann, dessen Interessen ihre Interessen sind, einen Mann frei von Sentimentalität, einen Mann, dem die Worte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, dieser Wahlspruch der französischen Revolution und Republik, Phrase nicht als Phrase sind. Den Mann, der mehr Ausnahmesegehe in der kurzen Zeit seines Ministeriums vertreten hat, als die ganze französische Gesetzgebung sonst enthält, das war der Mann, den der französische Kongress zum Chef des Staates gemacht hat und dem morgen die ganze kapitalistische Presse diesseits und jenseits des Ozeans jubeln wird, der heute wohl nicht die Zeit gefunden hat, die freudigen Begrüßungen seiner Kollegen auf den Thronen Europa's zu erwidern.

Der französische Kongress hat Herrn Casimir Perier gewählt; wird aber das französische Volk mit der Wahl zufrieden sein?

Wir glauben es nicht; wir glauben auch nicht, daß Casimir Perier gewählt worden wäre, wenn die Wahl des Präsidenten der Republik sich so vollziehen würde, wie die sonstige Gesetzgebungsarbeit in Frankreich, das Kammer und Senat gesondert über die Wahl hätten beschließen müssen. Mit 451 gegen 402 Stimmen wurde nämlich Herr Perier bloß gewählt, da aber der Senat, diese Vertretung des Großbürgers, mit übergroßer Mehrheit sich für Casimir Perier erklärt hatte, scheint es erwiesen zu sein, daß das

Ich muß Euch auffordern, vorlauter Mensch, zu schweigen, wenn ich nicht reden soll.“ — „Frei heraus“, entgegnete Dagobert, in welchem die vom Schultheiß gegen Eithier beabsichtigte Unbill die Flamme schürte. „Frei heraus! Ich habe schon gesehen, daß Ihr schoel auf mich schaut. Vielleicht erfahre ich jetzt, warum. Doch rathe ich Euch, jede Schwähung gegen Vater oder Mutter unterwegs zu lassen, soll ich nicht vergessen...“ — „Mäßig Euch!“ flüsternte ihm mehrere theilnehmende Freunde zu, und ein begütigender Blick von der Frau von Dürningen machte ihn schweigen. — „Ihr habt Euch schon vergessen“, brauste der Schultheiß auf: „doch soll man nicht sagen, als wollte ich vergelten, was der Jugend Thorheit oder der Trunk aus Euch spricht; als Ritter und Schultheiß vererbe ich Euch Eure rohe Unart. Aber als Stubenmeister dieser löblichen und reinadligen Gesellschaft habe ich ein Wort zu Euch zu sprechen, das früher schon gefallen wäre, hätte ich früher Eure Anwesenheit bemerken, oder Euren Vater nicht schonen wollen. Warum, junger, unbefonnener Gesell, erfodern unsere Ordnungen acht Ahnenschilder zur Aufnahme in die Genossenschaft? Damit nur reinadlige Bestimmung in diesem Kreise herrsche. Wer gegen Sitte, Frucht und Wiederkeit handelt, wer schlechter Gesellschaft pflegt, zum Abschau des Böbels hernieder steigt, und mit Rohheit den Adel und die Würde schmächt, wird aus diesem Hause gewiesen, und also thue ich Euch.“ — „Mir?“ fuhr Dagobert auf, und rings ward es stumm. — „Euch!“ wiederholte der Schultheiß mit der zu Boden schlagenden Hoesheit, die ihm zueiten eigen war: „Denkt des gestrigen Tages, und fragt Euch selbst, ob Ihr ferner würdig seid, auf diesem Boden zu stehen. Wer mit Juden, Mördern und Dieben verkehrt, sie gegen die öffentliche Gewalt in Schutz nimmt, den Richter in seinem Amte lästert und bedroht, wer sich nicht schämt, an den unehrlichen Sünder auf offener Gasse Hand zu legen, um das Gefindel zu befreien, ... der siche nicht mehr unter uns, nicht heut, nicht morgen und nimmer. Dort ist die Thüre. Geht!“

„Am aller Heiligsten willen! was ist vorgefallen?“ fragten die meisten aus der Versammlung, und zur Antwort

stog die Erzählung des Vorfalles gestrigen Tages, entstellt, verdreht und gehässig gemacht, rings umher, von dem Oberstrichter, seinem Sohne und des Schultheißes Keffen verbreitet. Die Dagobert Zunächststehenden wichen um mehrere Schritte zurück, denn der Angeklagte hatte ja mit Juden zu thun gehabt, und den Nachrichten berührt, war vielleicht von dem letzteren wieder berührt worden. Die Frauen, die am längsten für ihn Theilnahme gehegt, kämpften, da sie von der Zudendinne hörten, höhnisch die Nase. Die Frau von Dürningen mit ihrer Tochter sah schau und befangen, obwohl nicht zürnend nach dem Jüngling. So sehr indessen mehrere auf des Schultheißes rücksichtslose Schmährede einen heftigen Ausbruch von Dagobert's Wuth befürchteten, den wieder andere, der Folgen wegen, wünschten, so sehr hatten sich diese geirrt. Die letzten Worte des Stubenmeisters hatten eine himmlische Ruhe über das Antlitz des Beleidigten verbreitet. — „Ich dachte bis jezo unter gefühlvollen Menschen zu stehen;“ erwiderte er, sich ernst umschauend: „doch habe ich mich geirrt. Es ist wohl keiner unter all' diesen edlen Herren, der nicht sein Geld verschwendete, um einem lahmen Pferde wieder auf die Beine zu helfen; keine unter all' diesen Frauen, die nicht ihr Herz zerrissen fühlte, sähe sie ihren Schooßhund in Gefahr. Doch sprechen sie über mich das Urtheil, weil ich mit den erbarmenswerthesten Menschen Mitleid fühlte; weil ich eine Grausamkeit abwehrte, die nur in dem traurigsten Verfolgungsgeiste, nicht im Richterante ihren Grund findet. In Gottes Namen denn; ich wußte nicht, daß die Juden weniger als Hunde und Gänle sind, und diese Lehre ist der Verweisung aus diesem Hause wohl werth. Ich gehe mit Freunden und thue dieses ohne Groll, denn ich erzähle nicht einmal den ehrfamen Anwesenden, was zwischen dem gestrigen Herrn Schultheiß und dem schlechten Judenarzt Joseph abgeredet worden ist.“

Mit einem mitleidigen Blicke streifte er noch einmal alle Umstehenden, besonders den höhnisch lächelnden Oberstrichter und den verlegenen Schultheiß, gürtete langsam seinen Stoßbeugen um, band das Bier unterm Kinn fest und verließ ohne ein Zeichen des Lebewohls, wie ein im Rückzuge

neue Staatsoberhaupt in der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Deputiertenkammer in der Minorität geblieben ist, so ist der neue Präsident schon durch die Verteilung der auf ihn gefallenen Stimmen als Vertreter des Großkapitals charakterisiert.

Die Bourgeoisie wird diesen Erfolg feiern, sie wird ihn als eine Garantie einer ihr genehmen Politik in den nächsten sieben Jahren betrachten, sie wird ihn als einen schweren Schlag gegen das aufstrebende Proletariat Frankreichs deuten.

Sie künzelt sich aber, nicht die Casimir Perier, Dupuy, Constans bestimmen die politischen Verhältnisse, die ökonomische Entwicklung ist stärker als diese, sie wird die Freude der Bourgeoisie kurz sein lassen, sie wird den Sieg des sozialistischen Gedankens rascher herbeiführen als die Bourgeoisie und ihre Schutzheiligen sich träumen lassen.

Wir lassen hier nun die Depeschen über die Vorgänge bei der Wahl folgen.

Versailles, 27. Juni. Die strengsten Maßregeln sind getroffen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Zugänge zum Kongress frei zu machen. Von 11 Uhr sind die Straßen durch Cordons von Polizei-Agenten besetzt. In der Rue Gambetta, in der sich das Gebäude des Kongresses befindet, ist der Wagenverkehr vollständig verboten, die Truppen sind in den Kasernen konzentriert, am Bahnhof ist eine Abteilung des 5. Pionier-Regiments aufgestellt.

In einer Vollversammlung der Linken im Variétés-Theater waren ungefähr 100 Mitglieder zugegen; das radikalste Element herrschte vor. Berninac, der den Vorsitz führte, schlug die Kandidatur Brisson's vor, welche einstimmig durch Zuzug angenommen wurde. Die Versammlung erteilte dem Bureau Vollmacht, im Falle außerordentlicher Vorkommnisse beim Kongress den Umständen gemäß vorzugehen.

Versailles, 27. Juni. Der Saal des Kongresses und die Tribünen sind überfüllt. Die Diplomatentribüne ist vollständig besetzt. Challemel-Lacour als Präsident eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 10 Minuten mit folgenden Worten: „Sie kennen das schmerzliche Ereignis, das den Zusammentritt des Kongresses veranlaßt, ein Ereignis, das Frankreich in Trauer versenkt und alle fremden Regierungen ohne Ausnahme tief bewegt.“ Challemel-Lacour verliest die auf die Präsidentenwahl bezüglichen Artikel der Verfassung, erklärt die Nationalversammlung für konstituiert und schreitet zur Aufstellung der Statutoren durch das Loos. Dejeante begehrt das Wort, um die Abschaffung der Präsidentschaft der Republik zu verlangen. Michélin fordert gleichfalls das Wort. Der Präsident verweigert es beiden. Gaudry d'Asson will sprechen, wird aber von zahlreichen Stimmen mit dem Rufe: „Schweigen!“ unterbrochen. Man schreitet darauf zum namentlichen Aufruf der Mitglieder des Kongresses. Casimir Perier wohnt der Sitzung nicht bei.

Versailles, 27. Juni. Kongress. Dupuy hat auf der Ministerbank Platz genommen. Der deutsche Botschafter Graf Münster ist auf der Diplomatentribüne anwesend; die Parteien sind soviel als möglich gruppiert. Die Abstimmung vollzieht sich ohne Störung. Viele Mitglieder begeben sich nach Abgabe ihres Stimmens in den Park.

Versailles, 27. Juni, 8 U. 15 M. Nachm. Die Abstimmung im ersten Wahlgange ist geschlossen worden, das Ergebnis wird in etwa einer Stunde bekannt gegeben.

Versailles, 4 Uhr 30 Min. Der Kongress wählte im ersten Wahlgange Casimir Perier mit 451 von 853 Stimmen zum Präsidenten der Republik. —

Einen vor der Präsidentenwahl geschriebenen Brief unseres französischen Korrespondenten lassen wir als Stimmungsbild in unseren Pariser Parteitreffen folgen:

Von der Trauerkundgebung über den Verlust Carnot's merkt man so wenig in den Straßen, daß selbst die „Débats“ sich veranlaßt sehen, den Mangel an Trauerfahnen zu rügen, die nicht einmal an allen öffentlichen Gebäuden angebracht sind. Mit Ausnahme der Ministerien, der beiden Kammern und des Palais de l'Elise, dem Sitz der Präsidentschaft der Republik, ist eben kein einziges öffentliches Gebäude mit einer Trauerfahne versehen. „Bei einer großen Zahl unserer Verwaltungen, klagt darum dieses Blatt, scheint man nicht zu wissen, daß Frankreich in Trauer ist“ und steht in dieser „unerklärlichen Vergeßlichkeit“ den Grund, warum „die einfachen Bürger“ keine Trauerfahnen aus-

gesteckt haben. Sie warten, daß man ihnen das Beispiel gebe“. Nun, dieses Beispiel wird, wenn überhaupt gegeben, erst nach der Präsidentenwahl erfolgen. Diese ist's, die vorläufig alle Gemüther beschäftigt und keinen anderen Gedanken aufkommen läßt. Den „Débats“ wäre es allerdings am liebsten, wenn man sich außer ihrem Kreise mehr mit Trauerschmuck und sonstigen Dingen beschäftigen würde, um mit ihren Freunden desto leichter und ungestörter selber die Wahl des Präsidenten leiten und bestimmen zu können. So fragt sich aber jeder, wer wird aus der morgigen Wahl hervorgehen. Selbstverständlich kann dies den Sozialisten, kann dies der organisierten Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein. Können sie, die überhaupt gegen jede Präsidentschaft sind, die ja doch nur die monarchische Tradition unter anderem Namen fortsetzt, auch keinen eigenen Kandidaten aufstellen, so können und müssen sie es wenigstens zu verhindern suchen, daß nicht ein ausgesprochener Feind der Arbeiterschaft und deren Emanzipationsbestrebungen zum Oberhaupt der französischen Republik ernannt werde. Ein solch' ausgesprochener Feind ist aber Casimir Perier, ein solch' ausgesprochener Feind Charles Dupuy. Beide sind aber die Kandidaten der Arbeiterwelt, die ihr Ganzes daran setzen, um einen der beiden Arbeiterfeinde als Sieger aus der morgigen Wahl hervorgehen zu sehen. Das arbeitende Volk hat sie beide als Ministerpräsidenten kennen gelernt und weiß, was es von ihnen zu erwarten hat, gleichgültig wer von ihnen beiden an die Spitze der Republik kommt. Ihre Parole ist darum: Weder Perier noch Dupuy. In der Wahl einer dieser beiden sehen sie, wie Genosse Bailant an der Spitze der heutigen „Petite République“ ganz richtig hervorhob, eine soziale Kriegserklärung, deren Verantwortung die morgen zu einer Nationalversammlung zusammentretenden beiden Kammern zu tragen haben würden. Hoffen wir, daß Frankreich von der Wahl des einen wie des anderen dieser Mammonskechte verschont bleibt. —

Weitere Drahtnachrichten aus Frankreich siehe unter Depeschen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

Der 46. sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete. Aus Binneberg wird dem Wolffschen Telegraphenbureau das amtliche Wahlergebnis aus dem Wahlkreise Binneberg-Elmsborn gemeldet. Nach demselben erhielten von den abgegebenen 27107 Stimmen von Elm (Sozialdemokrat) 13814 Stimmen, Mohr (nationalliberal) 13293 Stimmen. von Elm ist mithin gewählt. Somit haben wir um 88 Stimmen die Zahl der bei der Stichwahl im vorigen Jahre abgegebenen Stimmen überschritten. Elm hat 521 Stimmen mehr als Mohr und 1588 mehr als bei der Wahl am 18. Juni d. J. erhalten. Sein Gegenkandidat Mohr erhielt 7299 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl und bloß 89 Stimmen weniger als für Antisemiten, Nationalliberale und Freisinnige zusammen am 18. Juni d. J. abgegeben wurden. Man ersieht hieraus, daß wir lediglich eigener Kraft den Sieg verdanken, daß uns gegenüber die festgefügte einige reaktionäre Masse stand. Es kam deshalb bloß erheitend wirken, wenn die „National-Zeitung“ noch immer den Konfessionen die Schuld an dem Mißerfolge ihres Margarinemanns beimißt. Die Diskussion über die Ursachen dieses neuen sozialdemokratischen Sieges würde, obgleich sie nichts neues als altes Parteigezänk aufreißten würde, einen breiteren Raum in der Presse einnehmen, wenn sich nicht das ganze politische Interesse auf die Vorgänge in Frankreich konzentriren würde. Wir haben jedenfalls keine Veranlassung, in diesen häuslichen Streit uns einzumengen. —

Nicht ohne Absicht veröffentlicht gerade heute das hiesige Bismarck-Organ, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ einen Brief, den Bismarck zur Zeit der Ausarbeitung des Sozialisten-Gesetzes geschrieben hat. Derselbe lautet:

„Kissingen, den 15. August 1878. Euerer Hochwohlgeboren

bitte ich, Herrn Minister Grafen Calenberg und Herrn Geheimrath Gahn mein Bedauern darüber auszusprechen, daß der Entwurf des Sozialistengesetzes in der Provinzial-Korrespondenz amtlich publiziert worden ist, bevor er im Bundesrath vorgelegt war. Diese Veröffentlichung präjudiziert jeder Aenderung durch uns und ist für Bayern und andere Dissidenten verlegend. Nach meinen Verhandlungen von hier aus mit Bayern muß ich annehmen, daß letzteres an seinem Widerspruche gegen das Reichsamt festhält.

Württemberg und, wie ich höre, auch Sachsen widersprechen dem Reichsamt nicht im Prinzip, wohl aber angebrachter Weise, indem sie die Zuziehung von Richtern verhorreszieren. Diesem Widerspruche kann ich mich persönlich nur anschließen. Es handelt sich nicht um richterliche, sondern um politische Funktionen, und auch das preussische Ministerium darf in seinen Vorurtheilen nicht einem richterlichen Kollegium unterstellt und auf diese Weise für alle Zukunft in seiner politischen Bewegung gegen den Sozialismus lahm gelegt werden. Die Funktionen des Reichsamts können nach meiner Auffassung nur durch den Bundesrath entweder direkt oder durch Delegationen an einen jährlich zu wählenden Ausschuss geübt werden. Der Bundesrath repräsentirt die Regierungsgewalt der Gesamt-Souveränität von Deutschland, dabei etwa dem Staatsrathe unter anderen Verhältnissen entsprechend. Wäher muß ich indessen annehmen, daß Bayern auf diesen für Württemberg, Sachsen und für mich persönlich annehmbaren Ausweg nicht eingehen wird. Auch die Klausel in Art. 8 Abs. 23, daß nur arbeitslose Individuen ausgewiesen werden dürfen, ist für den Zweck ungenügend. Ferner bedarf das Gesetz meines Erachtens eines Zusatzes in betreff der Beamten dahingehend, daß Befreiung an sozialistischer Politik die Entlassung ohne Pension nach sich zieht. Die Mehrzahl der schlecht bezahlten Subalternbeamten in Berlin, und dann der Bahnwärter, Weichensteller und ähnlicher Kategorien sind Sozialisten, eine Thatsache, deren Gefährlichkeit bei Aufständen und Truppentransporten einleuchtet. Ich halte ferner, wenn das Gesetz wirken soll, für die Dauer nicht möglich, den gesetzlich als Sozialisten erweislichen Staatsbürgern das Wahlrecht und die Wählbarkeit und den Genuß der Privilegien der Reichstagsmitglieder zu lassen. Alle diese Verschärfungen werden, nachdem einmal die mildere Form in allen Zeitungen gleichzeitig bekannt gegeben, denselben also wohl amtlich mitgetheilt ist, im Reichstage sehr viel weniger Rücksicht haben, als der Fall sein könnte, wenn eine mildere Version nicht amtlich bekannt geworden wäre. Die Vorlage, so wie sie jetzt ist, wird praktisch dem Sozialismus nicht Schaden thun, zu seiner Unschädlichmachung keinesfalls ausreichen, namentlich da ganz zweifellos ist, daß der Reichstag von jeder Vorlage etwas abhandelt. Ich behaupte, daß meine Gesundheit mir absolut verbietet, mich jetzt sofort an den Verhandlungen des Bundesrathes zu betheiligen, und muß mir vorbehalten, meine weiteren Anträge im Bundesrath im Hinblick auf die ordentliche Reichstagsession im Winter zu stellen.

v. Bismarck.“

Dieser Brief ist, abgesehen von seinem historischen Interesse, lediglich deshalb beachtenswerth, weil er gerade jetzt veröffentlicht wird, wo die internationale Reaktion sich ansetzt, die öffentliche Meinung für ein Vorgehen der Mächte gegen den Anarchismus zu bearbeiten.

Wer die Handhabung des Sozialistengesetzes kennt, sie am eigenen Leibe erlebt hat, der weiß, daß dieses Gesetz ein Polizeigesetz ärgster Sorte war, ja daß die oberste Verwaltungsinstanz noch immer weniger polizeilich abgeurtheilt hat wie die Gerichte.

Auch die Beamten, die nur im Verdachte sozialdemokratischer Gesinnung standen, sind allerwärts im Deutschen Reiche gemaspregelt worden, im wesentlichen sind Bismarck's Wünsche durch den Ueberreifer der Behörden ganz erfüllt worden, und trotzdem haben sie nicht die Sozialdemokratie überwunden, sondern Bismarck zum politischen Tode verholfen. Wir sind unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes die stärkste Partei im Reiche geworden, Bismarck und sein Klüngel sind aus der Verwaltung des Reiches hinausgedrängt und dies wäre vielleicht früher geschehen, wenn Bismarck's Wünsche wörtlich, wie sie in dem oben veröffentlichten Briefe stehen, erfüllt worden wären.

Dies muß sich jeder sagen, der nicht die letzten sechzehn Jahre verschlafen hat und deshalb wird es nur Hohn-gelächter hervorrufen, daß sich jetzt der durch die Sozialdemokratie vom Bankrott getriebene Bismarck als Staatsretter anbietet. —

nach furchtbarer Feind, das Tafelzimmer. Sein Scheiden war das Zeichen zu offenem Zwiste in der Gesellschaft. Manche, mit dem Geschlechte der Frösche theils befreundet, theils verschmäht und verbunden, erklärten sich, dem Stubenmeister Vorwürfe über sein hartes Benehmen gegen den Sohn eines angesehenen Altbürgers und Schöffen zu machen. Ohne Dagobert's Schuld an dem Vorfall in der Judengasse vertheidigen zu wollen, theils von Vorurtheilen besungen, theils zu nutzlos, um gegen die Vorurtheile anderer anzukämpfen, sprachen sie von dem zahlreichen Anhang Diether's, der sich in seinem Sohne schwer beleidigt sehen würde; von der Rache, die wohl auf eine oder die andere Weise nachfolgen dürfte. Die Widersacher bestritten hingegen verächtlich alle Mahnungen, verachteten jede Drohung, und gedachten des Ausgewiesenen und seines Vaters mit den ehrenrührigsten Beinamen. Sie mögen versuchen, wie weit ihre Ohnmacht reicht;“ rief der Schultheiß: „ich habe meine Pflicht getan, und werde als Stubenmeister wie als Schultheiß mein Recht behaupten.“ — „Für rebellische Bürger giebt es noch Thürme!“ drohte der Oberrichter. — „Was ist hier auch viel zu scheuen?“ lachte des Schultheißen Nefte: „Dagobert's Wandel auf dem Konzil ist stadtbekannt, sein Verbumd nicht ehrenvoll.“ — „Der verrückte Mensch will nicht einmal der Mutter Gelübde erfüllen, und Psaffe werden!“ klagte der Wether der Frau von Dürningen mit heuchlerischer Miene. — „Wohl uns, wenn der lächerliche Videlhäring sich nicht mehr in adliger Gesellschaft zeigen darf;“ schrie des Oberrichters Sohn, und der Schultheiß sagte, wie mit prophetischer Zuversicht, hinzu: „Es dürften vielleicht bald ganz andere Dinge von dem Hause der Frösche zur Sprache kommen!“ — Die dem geschmähten Geschlechte Anhangenden brachen schmolend und zürnend auf; die Freuden des Festes waren gestört, und aus der fröhlichen Ostertafel eine gallige Gasterei geworden, an welcher Feindseligkeit und Haß ihr Panier aufstekten. —

Verachtung gegen seine Feinde, aber auch ein ruhiges Bewußtsein im Herzen, horte Dagobert sein väterliches Haus wieder gefunden. Vollbrecht öffnete ihm die Thüre. „Wo ist mein Vater?“ fragte er den Knecht. — „Der gestrenge Herr hat sich durch den Peter zum Stadthauptmann leuchten lassen, um ihm die Anzeige von dem Raube zu machen.“ — „Gut;“ versetzte Dagobert: „Die zur“

gekommenen Leute meiner Schwester?“ — „Sie schlafen schon in wohlverriegelten Stuben,“ berichtete Vollbrecht: „denn die ehrsame Frau meinte, sie könnten wohl selbst allensfalls das arme Fräulein getödtet, oder an einen Räuber verkauft haben.“ — „Möglich war es allerdings;“ erwiderte Dagobert: „ich will morgen die Leute sprechen. Gib mir die Kerze und warte indessen auf den Vater.“ — „Dem wie aus dem Himmel herabgefallenen Bubenstück nachsinnd, stieg Dagobert die Treppe empor, und kam eben an Frau Margarethens Gemach vorüber, als dessen Thüre sich leise öffnete, und der Altbürgerin Stimme ein leises: „Zunker Dagobert! seid Ihr's?“ daraus vernehmen ließ. — „Ja freilich, ehrsame Frau!“ antwortete der junge Mann: „Behüt' Euch Gott und segne Eueren Schlaf.“ — „O bleibt,“ flüsterte Margarethe, mit der weißen Hand aus dem Halbdunkel hervorwinkend. „Laßt mich den Augenblick benutzen und tretet bei mir ein!“ — Dagobert stuchte, und Margarethens frühere unverhohlene Leidenschaft für ihn, und auch zugleich etwas von des ägyptischen Joseph's Geschichte fiel ihm ein. Er zögerte. — „Um der göttlichen Barmherzigkeit willen!“ seufzte die Stiefmutter dringend. „Einen Augenblick nur hört mich an. Fürchtet nichts, mein lieber Sohn!“ — Die Bitte klang so rührend, daß Dagobert ferner kein Bedenken trug, einzutreten in das warme trauliche Gemach, in welchem, beim halben Schimmer einer verdeckten Lampe, die schöne Margarethe in tiefem Nachtgewande ihn empfing. Sein Herz pochte, seine Hand zitterte in der ihrigen, aber besonnener als sie, zog er den Schirm von der Lampe, und fühlte eine Art von Verwundung, da er in kein Anliß voll Kummer und Gram, in thränenwolle Augen sah. — „Was begehrt Ihr?“ fragte er sanft und mitleidig die weinende Frau: „Ich bin bereit mit Wille und That; nur einen Rath verlangt nicht, denn ich bin gerade in einer ganz besonderen Stimmung, wo mir alles bunt durch den Kopf geht.“ — „Ich bin grenzenlos unglücklich!“ brach Margarethe unter bitteren Thränen aus, und sank auf einen Stuhl: „Ich bin ein armes Weib, n, ist fehlerfrei, aber so entsehrlich sollt' ich doch nicht für meine unschweren Vergehen büßen!“ — „Der Gedanke und der Wunsch nach einem Feindtritt macht ihn oft zur Folter, als sei er schon vollbracht,“ meinte Dagobert; doch regente er schnell den Stachel seines Wortes, und setzte

hinzu: „redet und gebe Gott, daß ich helfen könne.“ — „Mein Herr, Euer Vater war hier,“ sprach Margarethe in kurzen Absätzen. — „Er hat unmeniglich gegen mich gewüthet. Argwohn und Grimm theilen sich in seine Seele. Unbezweifel scheint es ihm, daß mein Bruder Wallraden aufgefangen, und daß ich die Anstifterin des Frevels gewesen. Ich kam bei dem ewigen Gott beschwören, daß ich unschuldig bin, aber Herr Diether glaubt meinen Schwüren nicht. Wie soll ich ihn überzeugen? Sprecht! Ihr könnt mir Eueren Rath nicht verweigern, noch Euer Dülse; denn auch Euch verwickelt der Argwohn in seinen Verdacht. Er glaubt ein Verständniß zwischen uns beiden wahrzunehmen.“ — „Ein schönes Vertrauen in Gattin und Sohn!“ erwiderte Dagobert aufwallend: „Ans traut er einen Bund von dieser Schändlichkeit zu? Wir sollten einen Menschen, unsere Verwandte an Räuber verkauft, wohl gar aus dem Wege geräumt haben? Der Vater hat sich sehr geändert. Aber Ihr habt Recht, arme Stiefmutter. Wer nicht glauben will, muß die Ueberzeugung in der Hand sehen. Um Eueren Ruf und den meinigen zu retten, sehe ich mich morgen zu Pferde, und reite in der Welt herum, bis ich die Spur des Unkrauts gefunden.“ — „Ihr seid ein wacker edler Mensch!“ sagte Margarethe mit auslebender Hoffnung, seine Hand in ihre gefalteten nehmend: „Seid Ihr mein Hort, wenn mich die ganze Welt verläßt... dann fürchte ich nichts. Guter Dagobert,“ fuhr sie mit dem Ausdruck beschämter Dankbarkeit fort: „leider kann ich noch nicht so offen gegen Euch sein, als ich es sollte, denn Ihr seid unfähig, mich zu verrathen und unglücklicher zu machen, als ich schon bin. Indessen, kehrt Ihr zurück, so sollt Ihr mehr erfahren, von dem Ihr Euch nicht träumen laßt; und dann beklagt mich vollends, und sucht mir nicht.“ — „Ich vertheue Euch nicht,“ entgegnete Dagobert unbefangenen, „ich hoffe auch nicht, jemals aus Euerem Wunde etwas Fluchwerthes zu erfahren; aber bei dieser Gelegenheit entsinne ich mich plötzlich eines Auftrages, den ich von guter Hand erhalten, und dessen ich mich gegen Euch entledigen muß, bevor ich ausreite, lieb Schwesterlein zu suchen. Der arme Jude Ben David, der unter der Anklage unerhörter Verbrechen im Kerker jammert mit seinem hundertjährigen Vater, läßt Euch dringend um Dülse anflehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Das Rabengekrächz der Reaktionäre nimmt zu. „Ausnahmegefehle“ heißt es rings um die Leiche Carnot's herum. Während die „Neuesten Nachrichten“ der an anderer Stelle besprochenen Brief Bismarck's aus dem Jahre 1878, der sich für eine Verschärfung des Sozialistengesetzes ausspricht, als zeitgemäße Rundgebung neu abdrucken, krächzt die „Kreuzzeitung“ ihre eigene Melodie. Sie empfiehlt die Aufhebung des Asylrechts in allen Staaten, die noch daran festhalten, und fährt dann fort:

Auch damit wird man den Anarchismus und seine Folgezustände zwar keineswegs austrotten oder auch nur gänzlich lahm zu legen im Stande sein, allein eine gewisse Wirkung ließe sich von Maßnahmen dieser Art um so sicherer erwarten, als sich nach jedem Vorfall zeigt, daß der Betreffende als „Anarchist“, wenn schon nicht als „praktisch ausübender“, bekannt gewesen sei. Solche bekannte Anarchisten wären aus Grund internationaler Vereinbarungen dem Heimathlande zuweisen und dort der strengsten persönlichen Ueberwachung zu unterwerfen. Das würde, falls die Durchführung der Maßregel nicht auf dem Papier bliebe, mit der Zeit schon helfen. Wenn aber immer wieder alle möglichen „Rückfichten“ genommen werden sollen, dann kann es freilich zu keiner Besserung kommen, und die europäische Menschheit wird sich daran gewöhnen müssen, unter dem Brude einer beständigen Angst, eines „Schreckens ohne Ende“ weiter zu leben.

Daß auch das nicht irgend einem Wahnsinnigen oder Fanatiker die Begehung einer Mordthat nicht unmöglich machen würde, wohl aber viele anarchisirende Ansichten huldigende Leute, die bisher keineswegs zu Gewaltthaten neigten, erst zu Fanatikern machen würde, sieht natürlich der alte Reaktionskabe nicht ein. Was er sonst noch über die Juden und Sozialdemokraten krächzt, ist das alte Lied, das man oft genug vernommen hat. Wir brauchen unsere Leser nicht mit dessen Wiederholung zu belästigen.

Ueber die geplante Neuorganisation für das deutsche Handwerk brachte die „Baueu.-Ztg.“ vor einigen Tagen einen Bericht, den auch wir inhaltlich bereits mitgeteilt haben. Die Mittheilungen dieses Organs sind jedoch nach einer offiziellen Angabe unvollständig und dahin zu ergänzen, daß aus dem vorjährigen Entwurf die Bestimmungen übernommen werden soll, wonach alle Gewerbetreibenden, die nicht mindestens regelmäßig zwanzig Arbeiter beschäftigen, der neuen Organisation für das Handwerk angehören. Da es indessen einige industrielle Betriebe giebt, die ebenfalls durchschnittlich weniger als zwanzig Arbeiter beschäftigen, wie die Holzindustrien in die chemische Industrie, und da diese Industrie und die Handwerksorganisation einbezogen werden sollen, so wird die betreffende Bestimmung diesmal genauer gefaßt werden. Auch sonst sollen die von sachverständiger Seite gegen den vorjährigen Entwurf erhobenen Einwendungen und Bedenken thunlichst berücksichtigt werden. Mit der Ausarbeitung des neuen Entwurfs ist wieder das preussische Handelsministerium betraut worden. Daß der neue Entwurf nach seiner Fertigstellung der Beurtheilung der Fachkreise unterbreitet werden wird, ist um so wahrscheinlicher, als es sich nicht um eine Umarbeitung des früheren Entwurfs auf Grund der erstatteten Gutachten, sondern um einen völlig neuen Plan auf neuer Grundlage handelt.

Er dürfte das Schicksal seines Vorgängers theilen, das heißt niemanden befriedigen.

Eine Konferenz der preussischen Landesdirektoren findet, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, in Königsberg vom 3.—6. Juli statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Mittheilung über die beschlossene Kollektivvorstellung, betreffend die Zeugengebühren der mittleren Staatsbeamten; Beschlußfassung über die Frage, ob nicht für die Abhaltung der Provinziallandtage ein für alle Mal eine bestimmte Zeit, Ende Februar oder Anfang März, festgesetzt werden könne, um das gleichzeitige Tagen der Provinziallandtage und der Parlamente zu verhindern; Aufstellung einer Statistik über die Arbeitshäuser, Besserungs- und Korrektionsanstalten in Deutschland; Vorschläge zur Aenderung oder Ergänzung des Gesetzes über die Kleinbahnen; Fragen über die Gebammen-Verhütung; Begriffe der Hilfsbedürftigkeit bei Geisteskranken; Zweckmäßigkeit der Einrichtung einer ärztlichen Ueberwachung der Provinzialheil- und Pflege-Anstalten bei der Zentralstelle der Provinzialverwaltung; Zweckmäßigkeit der Ueberweisung der auf Grund des § 56 des Strafgesetzbuches errichteten Erziehungs- und Besserungsanstalten sowie der bezüglichen Fonds an die Provinzialverbände.

Vermehrung der Fabrikinspektoren in Bayern. In der bayerischen Abgeordnetenversammlung haben die Sozialdemokraten eine Reihe von Anregungen zu dem Institut der Fabrikinspektoren vorgebracht. Wie die „Frankf. Ztg.“ hört, werden diese Anregungen im zuständigen Ministerium des Innern einer Prüfung unterzogen; es ist jetzt schon wahrscheinlich, daß der einen oder anderen Anregung entsprochen werden wird.

Ueber die Folgen des Attentates auf Carnot schreibt man uns aus London:

Die Zurückhaltung, mit welcher die reaktionären Parteien der verschiedenen Länder die Ermordung Carnot's in den ersten Tagen behandelten, zeigt, daß sie das Ereigniß im großen Still auszunutzen gedenken, und freie Hand wahrten wollen. Politisch, wie meinen international politisch, ist der Tod Carnot's ohne jegliche Bedeutung. Er läßt die Weltlage vollkommen unverändert, und berührt die Verhältnisse der Staaten zu einander in keiner Weise. Höchstens könnte man sagen: die Aussichten des französisch-russischen Bündnisses seien noch nebliger geworden, allein sie waren schon vorher so neblig, daß auf ein bißchen mehr oder weniger nichts ankommt. Desto mehr Ausbeute versprechen sich die reaktionären Geschäftspolitiker auf dem Gebiete der inneren Politik. Es wäre thöricht, leugnen zu wollen, daß die Aufregung, welche der Dolchstoß des Italieners naturgemäß hervorbringen mußte, die öffentliche Meinung aller Länder dem langgenährten Ideal unserer Reaktionäre: der Aufhebung des Asylrechts für Anarchisten weit günstiger gestimmt hat. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß eine kombinierte Aktion in diesem Sinne bevorsteht. An sich könnte uns das nur höchst gleichgültig sein. Denn für gemeine Verbrecher besteht ohnehin kein Asylrecht, und Handlungen wie die Ravachol's, Baillants, Henry's, Cesario's u. halten wir nicht für politische Verbrechen. Ob Spitzbuben, Falschmünzer, Banditen sich „Anarchisten“ nennen oder nicht, das ist ganz gleichgültig, und ändert nichts an der That-

sache, daß sie Banditen, Spitzbuben, Falschmünzer sind. Wobei wir kaum nöthig haben zu betonen, daß auch das gemeine Verbrechen für uns Sozialisten, wenn nicht eine geistige, doch wenigstens eine soziale Krankheit ist. Die Gefahr liegt in der Dehnbarkeit des Begriffes Anarchistisch. Das was die Welt als anarchisirend verabscheut und was wir von jeher verabscheut haben: die Dynamit- und sonstigen Banditenverbrechen und Verbrechen, werden gerade von unseren Herren Reaktionären nicht verabscheut; sie sind im Gegentheil von ihnen systematisch gezüchtet worden — im Interesse der Reaktion.

Diesem Anarchismus wollen die Herren Reaktionäre gar nicht zu Leibe gehen — er ist ihnen zu nützlich — ja, man kann sagen, er ist jetzt ihr wichtigster Rechnungsfaktor. Wenn sie gegen den Anarchismus eifern und hegen, so meinen sie damit alle Bestrebungen, die ihnen den Boden unter den Füßen hinwegziehen, also in erster Linie den Sozialismus. Und, wie dies ein Organ der Polizei-Anarchisten jüngst mit naiver Offenherzigkeit ausdrückte: ist einmal das Asylrecht für die Anarchisten beseitigt, dann lassen sich auch Andere „wegfischen.“

Jedenfalls wollen die Herren Reaktionäre jetzt im Trüben fischen. Und es gilt, ihnen auf die Finger zu sehen und zu klopfen.

Die Italiener werden in Frankreich noch immer nicht gespart. Heute liegen noch weitere Meldungen von Ausschreitungen gegen Italiener vor. Wir theilen die wichtigsten hier mit:

Lyön, 26. Juni. Die Plünderungen der italienischen Spezereiwaaren-Handlungen wurden fortgesetzt. Im Quartier Baise kam in einer derselben eine Bombe mit Petroleum zur Explosion, wodurch ein Brand entstand, bei dem einer der Plündernden und ein Einwohner des betr. Hauses umkamen. Ihre Leichen sind unkenntlich. 80 der Plündernden wurden verhaftet.

Lyön, 26. Juni. Im Innern der Stadt herrscht Ruhe, aber auf der linken Seite der Rhone scheint die Aufregung wieder auszubrechen. Der Präfect hat strenge Maßnahmen angeordnet, deren Ausführung er persönlich überwacht. Eine vom Bürgermeister veröffentlichte Proklamation besagt, es würden an verschiedenen Punkten der Stadt unter dem Vorwande des Patriotismus von Uebelthätern alte des Vandalismus und der Plünderungsucht begangen. Diese Leute, welche Unruhen begünstigten und für sich die Zugehörigkeit zu einer Partei, zu einer Nationalität nicht beanspruchen könnten, müßten als gemeine Verbrecher angesehen und als solche behandelt und bestraft werden. Die Proklamation schließt mit einer Aufforderung an alle Bürger, solche schmachlichen Handlungen nicht zu dulden, sondern die Behörden zu unterstützen.

Lyön, 26. Juni. Mehrere Individuen, welche einen Spezereiwaaren plünderten, wurden durch die Explosion einer mit einer Essenz gefüllten Flasche schwer verwundet. Eine Person wurde getödtet.

Grenoble, 26. Juni. Die gestrige gegen die Italiener gerichtete Rundgebung führte zu bedauerlichen Zwischenfällen. Der erste erfolgte dadurch, daß italienische Arbeiter in Trüppchen unter Abfingen von Nieren durch die Straßen zogen. Die Polizei konnte es nicht verhindern, daß einige Italiener Faustschläge erhielten. — Ein Betrunkener, welcher früher im Asyl für Geisteskranken war, drang, von mehreren Personen gefolgt, in das italienische Bizekonulat ein, riß das Wappenschild herab und zerriß die Fahne; er wurde verhaftet. Der Präfect richtete ein Entschuldigungsschreiben an den Bizekonul. — Trüppchen von Ruhestörern durchzogen die Straßen. Die eigentliche Bevölkerung verhält sich ruhig und ablehnend gegen die Rundgebungen. Heute fanden mehrere Rundgebungen statt; Plünderungen und Strafenecten sind militärisch befehrt.

Marseille, 27. Juni. Die im Laufe des gestrigen Tages vorgekommenen Zwischenfälle sind bedeutungslos; gleichwohl suchten zahlreiche italienische Arbeiter bei dem Konulate die Rückforderung in ihre Heimath nach, was der Konsul jedoch abschlug. Die Haltung der Bevölkerung ist eine durchaus ruhige.

Nancy, 26. Juni. In Neully bei Nancy kam es unter den bei den Mörtelwerken beschäftigten italienischen und französischen Arbeitern zu einer Schlägerei, jedoch wurde die Ruhe durch die von hier abgedandten Gendarmen und Dragoner wieder hergestellt. Eine Verhaftung erfolgte nicht. Die Italiener beschloßen, das Land zu verlassen.

Grenoble, 27. Juni. Ein großer Trupp Arbeiter zog gestern, vielfach bewaffnet, durch die Straßen und verfolgte die Italiener. Vor dem italienischen Konulate riefen die Manifestanten: „Nieder mit Italien!“, zerschlugen das Konulatswappen und zerrissen die italienische Fahne. Einige der Tumultuanten drangen in das Innere des Gebäudes, demolirten mehrere Statuen und warfen das Bildniß König Humbert's auf die Straße. Truppen und Polizei trieben schließlich die Ruhestörer auseinander. Auch während der Nacht demonstrieren die Arbeiter wieder vor den Wohnungen der Italiener und sehten die Rundgebungen trotz der scharfen Polizeimahregeln fort. Ueber 100 Verhaftungen wurden hier vorgenommen.

Luzin, 27. Juni. Gestern Abend, im Laufe der Nacht und heute Morgen sind hunderte von Italienern, die aus Lyön und anderen französischen Städten flüchteten, hier eingetroffen. Weitere Extrazüge mit Flüchtlingen werden erwartet. Bis jetzt sind in Luzin 8000 italienische Arbeiter aus Frankreich angelangt.

Schlafmeier. In Paris hatten vorigen Sonnabend etwa hundert Mitglieder der „Britischen Handelskammer“ ein Fest und Zweckessen, bei welchem auch die Frage der europäischen Abrüstung besprochen ward. Die klugen Herren einigten sich dahin, daß es eine internationale Kalamität wäre, wenn die 3750 000 Soldaten, die jetzt unter den Waffen stehen, entlassen würden. Die Zahl der Arbeitslosen würde dann kolossal vermehrt und ein unerträgliches Zustand geschaffen werden. Wenn es diesen Pflichten nach ginge, müßten wir unsere Armeen noch vergrößern — womöglich jeden Menschen in die Kasernen stecken. Freilich müßten die Soldaten dann von der Luft leben, denn wer sollte sie ernähren? Bekanntlich wurde diese sinnreiche Theorie während der vorjährigen Wahlbewegung von Herrn Bödel und anderen antisemitischen Lichtern vertreten, die den „Sozialismus der Dummen“ im wahrsten Sinne des Wortes als Richter'schen „Rasernen-Sozialismus“ auffaßten.

Häuser und Boden für Arbeiter. Die Sozialkommission hat an den norwegischen Storting den Antrag gestellt, daß der Staat einen Fonds von 800 000 Kronen (eine Krone hat den Werth von 1 M. 12 1/2 Pf.) bilden solle, der zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zu verwenden wäre. Von diesem Fonds sollen 50 000 Kronen an eine einzelne Kommune ausbezahlt werden. Die Kommune kann das Geld auf eigene Verantwortung in Summen von höchstens 1500 Kronen gegen 4 pCt. Verzinsung vergeben. Die Kommune zahlt an den Staat 3 1/2 pCt. Zinsen. Das übrige bleibende 1/4 pCt. behält die Kom-

mune als Entschädigung für ihre Kosten und Zinsen. Ferner beantragt die Kommission die Schaffung eines Fonds von 200 000 Kronen, der zum Ankauf von Land verwendet werden soll, welches an kleine Besizer zu höchstens 2500 Quadratmeter ausparzellirt werden kann. Diese Einrichtung soll für Landarbeiter und Zinsleute geschaffen werden. Auch hier tritt die Kommune als Mittler ein. Das Dispositionsrecht der einzelnen Kommunen ist auf 25 000 Kronen festgesetzt und auf die einzelne Parzelle dürfen höchstens 1500 Kronen verandt werden. Auch hier bezahlt die Kommune 3 1/2 pCt. an den Staat, während der Entleiher 4 pCt. an die Kommune zahlen muß. Wenn ein Mann auf einem solchen Parzelleneigenthum ein Haus bauen will oder daselbst ein Haus bereits erbaut ist, welches nicht abbezahlt ist, kann er aus dem ersten Fonds unter den obengenannten Bedingungen ein Darlehen erhalten.

Wahrscheinlich wird auch diese „Sozialreform“ dem Storting wieder zu „Lohn“ sein und ad acta gelegt werden.

Freiland. Die gestern aus London telegraphisch übermittelte Meldung vom Zusammenbruche der Freilandexpedition wird heute von interessirter Seite demittirt. Sollten die Londoner Meldungen wirklich noch nicht den Thatfachen entsprechen, so wird der Zusammenbruch dieses undurchführbaren Unternehmens doch bald erfolgen.

## Parteinachrichten.

Markersdorf. In der Bekämpfung der Sozialdemokratie bleiben unsere Behörden nicht auf halbem Wege stehen — das Zeugniß muß man ihnen ausstellen. Man erklärt nicht nur die Zahlstellen von gewerkschaftlichen Zentralverbänden für separate Vereine und löst dieselben auf, man stellt harmlose Gesangsvereine unter das Vereinsgesetz und jetzt macht man sich an die Turnvereine. Nachdem vor kurzem ein Hohensteiner Turnverein aufgelöst wurde, hat dies Schicksal jetzt den Turnverein in Markersdorf ereilt. Vor einigen Tagen hat die Amtshauptmannschaft Chemnitz den Verein wegen unbefugten Ertheilens von Turnunterricht an Kinder in Strafe genommen, nun ist diese Behörde noch weiter gegangen und hat den Allgemeinen Turnverein überhaupt aufgelöst.

## Polizeiliches, Gerichtliches u. c.

Burscheid. Ein Urtheil des Kammergerichts in Berlin in betreff der Erhebungen von Eintrittsgeldern und Zellersammlungen in öffentlichen Volksversammlungen ist von so großer Tragweite, daß wir den Inhalt dieser Entscheidungen wörtlich mittheilen. Derselbe lautet: „In der Strafsache gegen den Ledergurter Joseph Püßfeld zu Dortmund wegen Uebertretung der Polizeiverordnung des königl. Regierungspräsidenten zu Arnberg vom 25. Juni 1890 hat auf die von der königl. Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der Strafkammer II des königl. Landgerichts zu Dortmund vom 23. Februar 1891 eingelegte Revision der Strafsenat des königl. Kammergerichts zu Berlin in der Sitzung vom 14. Mai 1891... für Recht erkannt, daß die Revision der königl. Staatsanwaltschaft gegen das Urtheil der II. Strafkammer des königl. Landgerichts zu Dortmund vom 23. Februar 1891 zurückzuverweisen und die Kosten des Rechtsmittels der Staatskasse aufzuerlegen sind. Von Rechts wegen. Gründe: Die Revision der königl. Staatsanwaltschaft, welche Verletzung der Polizeiverordnung des königl. Regierungspräsidenten zu Arnberg vom 25. Juni 1890 durch Nichtanwendung rügt, kann für begründet nicht erachtet werden. Denn der Berufungsrichter hat der gedachten Polizeiverordnung, welche die Erhebung oder Einfammlung von Eintrittsgeldern oder Geldbeiträgen ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde in allen den Vorschriften des § 1 bzw. § 3 der Verordnung über die Verhütung eines Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts vom 11. März 1880 unterliegende Versammlungen bei Strafe verbietet, ohne ersichtlichen Rechtsirrtum die gesetzliche Gültigkeit abgesprochen. Aus dem Vereinsgesetze vom 11. März 1880 und aus § 6 S. d. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung kann die Befugniß zum Erlaß einer solchen Polizeiverordnung nicht hergeleitet werden. Auch auf den § 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung läßt sich dieselbe nicht stützen, weil in keiner Weise erkennbar gemacht ist, daß die besonderen Verhältnisse des Regierungsbezirks Arnberg eine polizeiliche Regelung des Gegenstandes der fraglichen Polizeiverordnung erfordern. Die durch den § 11 der Regierungs-Instruktion vom 28. Oktober 1817 den Bezirksregierungen beigelegte Befugniß aber, allgemeine Verbote und Strafbestimmungen in Ermangelung eines bereits bestehenden gesetzlichen Verbots mit höherer Genehmigung zu erlassen, ist durch den § 14 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung aufgehoben. Unter dem Gesichtspunkt der Ausschreibung öffentlicher Kollekten ausgefaßt — eine Auffassung, welche jedoch erheblichen Bedenken unterliegt — würden endlich die verbotenen Geldsammlungen nicht von der Genehmigung der Orts-Polizeibehörde, sondern nach § 11 St. 40 der Instruktion für die Oberpräsidenten der Provinz Westfalen abhängig gemacht werden dürfen.“ — Auch der Regierungspräsident von Potsdam hatte am 7. Juni 1891 dieselbe Verordnung in bezug auf die Erhebung von Eintrittsgeldern und Zellersammlungen erlassen, wie der Regierungspräsident von Arnberg und der Landrath Müllenhoff. Der Glasmacher Nitschke wurde wegen Uebertretung der Potsdamer Regierungsverordnung unter Anklage gestellt, aber in drei Instanzen und mit der nämlichen Motivierung freigesprochen wie oben. Daß der Landrath Müllenhoff seine Verordnung durch den Kreisstag genehmigen ließ, ändert an der Sache gar nichts.

## Soziale Ueberlicht.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Zur weiteren Aussprache über die Verhältnisse in der Konfektion und den Werth und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation findet heute, Donnerstag, den 28. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, eine Werkstat- und Geschäftsdelegirten-Sitzung bei Reichert, Müllerstr. 7, statt, wozu alle Berufsgenossen eingeladen sind. Unser Beitreden muß sein, eifrig für die Organisation zu wirken, denn die Verhältnisse, wie sie in der letzten Sitzung in der Andreasstraße geschildert worden sind, müssen uns ein Ansporn sein, überall die Fortbeile der Organisation unseren Kollegen klar zu machen, um dann den übeln Zuständen und der Willkür der Unternehmer entgegenzutreten zu können. Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Achtung, Lithographen und Steinbrucker! Wegen angebrochener Lohnreduktion um ca. 50 pCt. in der Firma Wezel u. Naumann ist der Zug nach Leipzig feenzubalten. Unterhandlungen schweben noch. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Der Vertrauensmann Leipzig.

Der Bantischer Kreis in Christiania dauert noch weiter, aber 8 Meister der Stadt haben nun den Lohnarif der Gesellen unterzeichnet und sind auf Stundenweise Bezahlung und eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden eingegangen. Bei diesen Meistern ist die Arbeit wieder aufgenommen. Eine größere Fabrik, die durch den Streik 25 Gesellen verlor, suchte in Schweden Leute anzuwerben. Es war ihr auch geglückt, 5 Gesellen zu bekommen, aber die streikenden Genossen mußten sie zu überreden, sich ihnen anzuschließen. Die Streikenden erhalten wöchentlich eine Unterstützung von 8 Kronen (gleich 9 M.) für die Unverheiratheten, 10 Kronen (gleich 11,25 M.) für die Verheiratheten mit Zulage für jedes Kind.

Für den Inhalt des Interests über  
nimmt die Redaktion dem Publikum  
gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, den 28. Juni.  
**Deutsches Theater.** Der Lakoniker.  
**Berliner Theater.** Die Journalisten.  
**Rehdens - Theater.** Jugend.  
**Selle - Alliance - Theater.** Der  
Freischütz.  
**Alexanderplatz-Theater.** Heinrich  
Heine. Vorher: Die wie mir,  
oder: Dem Herrn ein Glas Wasser.  
**National - Theater.** Italien in  
Berlin.  
**Kaufmann's Variétés.** Spezialitäten-  
Vorstellung.  
**Parodie - Theater.** Spezialitäten-  
Vorstellung.

### National-Theater.

Große Frankfurterstr. 182.  
**Sensationelle Novität!**  
**Italien in Berlin.**  
Große Ausstattung-Posse mit Gesang  
und Tanz in 4 Akten von Carl Peters.  
Musik von A. Wiedede.  
Dekorationen aus dem Atelier von  
Müller und Schäfer. Maschinen  
vom Theatermeister Otto Weise.  
Elektrische Lichteffekte von Latowsky.  
Kostüme vom Obergarderobier Paul  
Hildebrandt.  
Regie: Max Samst.  
Saisonöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Im Garten: **Großes Konzert.**  
Auf der Sommerbühne Aufführung von  
Singspielen, Possen sowie Spezialitäten-  
Vorstellung ersten Ranges.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

### Passage-Panopticum.

Ein  
**Dahomey-  
Dorf**  
mit 51 wilden  
Weibern.  
Tägl. 8 Vorstellungen.  
Am 11, 12, 4, 5,  
6, 7, 8, 9 Uhr.

### Castan's Panoptikum. Hawaiische Königs-Tänzerinnen aus Honolulu.

**Reichshallen** Dönhofs-  
Platz.  
Garten oder Saal.  
**Täglich:**  
**Nord-deutsche  
Sänger.**  
Anfang Wochentags 8 Uhr,  
Entree 30 resp. 50 Pf. Sonntags  
durchweg 50, ab 9 Uhr 30 Pf.  
Stets wechselndes Programm.

### Evora-Bräu

in vorzähl. Qualität empfiehlt in Ge-  
binden v. 20-100 Lit. 30 Pf. = 3 Mk.  
**Otto Linke, Lagerhof 3.**  
Telephon Amt III Nr. 404.

### Stolpe bei Wannsee.

Restaurant „Lindenhof“.  
Empfehle den Vereinen und Gesell-  
schaften bei Ausflügen u. Vergnügungen  
mein Lokal mit gr. Garten, Saal u.  
Boirisch Bier von Gebr. Hoffmann,  
Potsdam. A. Mattausch, Gastwirth.

Allen Genossen zur Kenntniss, daß  
ich hier in der g. Umgegend nur allein  
nichtboykottirtes Bier ausführe, aber  
nicht den nöthigen Anspruch habe.  
Um Beachtung und Zuspruch bittet  
**A. Koitsch,**  
Gastwirth,  
1467b Johanniterstr. 1.

### Breuer's Ball-Salon,

Garten und Theater-Bühne,  
Gr. Frankfurterstr. 74:  
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:  
Entree frei. **Ball.** Entree frei.  
An anderen Tagen sind an Vereinen  
zu vergeben.  
**H. Breuer.**

**Arbeiter-Gesang „Nord“.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Ehrenmitglied, der Maler  
**Louis Liebrecht,**  
am Montag, den 25. d. M., ver-  
storben ist. Die Beerdigung findet  
heute Nachmittag 6 Uhr auf dem  
Hans-Kirchhof statt. Treffpunkt:  
um 1/2 6 Uhr vor dem Kirchhof.

### Tischler-Verein.

Sonnabend, den 30. Juni, Abends  
9 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Vereinsangelegenheiten.  
2. Ausgabe der Billets zu der am  
29. Juli stattfindenden Dampferpartie.  
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
Der Vorstand.

### Volks-Fest in Friedrichshagen

als gefunden abgelieferten Gegenstände  
sind noch nicht abgeholt:  
1. Eine Damentasch.  
2. Zwei Schlüssel.  
3. Ein Armband.  
4. Zwei Paar braune Leder-Handschuhe.  
5. Ein brauner Knaben-Überzieher.  
Die Eigentümer können sich melden  
bei  
**H. Mattutat,**  
SO. Brangelstr. 124.

### Weißbier!

Für Fabriken und Werkstätten  
sowie für Wiederverkäufer liefere  
ich mein **Verwand-Weißbier** in  
unübertrefflicher Güte zum Preise von  
3 Mk. für 40 halbe oder 45 1/2 oder  
25 1/2 oder 20 ganze Flaschen, frei  
in's Haus, in Flaschen mit Patent-  
verschluss, ohne Pfandberechnung.  
Fornsprecher Amt Schöneberg No. 92.  
**A. Seidler,**  
Schöneberg, 214L\*  
Ferdinandstr. Nr. 73-75 und 82.  
Berliner Weißbier-Brauerei.

### Zum elektrischen Funken.

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal  
**Carl Trittelvitz,**  
Falkenstein-Strasse Nr. 7.  
Empfehle meine schönen Vereins-  
zimmer, noch einige Tage frei. 849L\*  
Vereinszimmer, 20-50 Personen,  
noch zu haben. Gr. Frankfurterstr. 183.

### Allen Parteigenossen

sowie sämtlichen Freunden und Bekannten zur gest. Kenntnissnahme, daß  
ich Boykott- oder sogen. Ringbier in meinem Lokale nicht führe,  
bitte daher behufs Ueberzeugung um recht regen Besuch. Kegelbahn und  
Vereinszimmer stehen zur Verfügung. 1510b  
Grüß  
**A. Scholz** gen. Eisenbahn, Weidenweg 93/94.

### Mittheilung für die Herren Gastwirthe!

Erlaube mir hierdurch anzuzeigen, daß ich aus dem **Verein der  
Berliner Brauereien** ausgeschieden bin, und offerire mein gold-  
farbened und dunkles (Münchener Farbe) **Carlsberger Bräu** mit  
21 Mark pro Conne inkl. Spundgeld. 248L\*  
**Friedrich Reichenkron, Brauerei-Carlsberg,**  
Charlottenburg, Spreestraße 3 (Telephon Nr. 83).

### Schweizer Garten.

Am Friedrichshain. Am Königsthor.  
Mittwoch, den 27. Juni:  
**Erstes Kinderfreuden- und Familienfest.**  
diesjähriges  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Familien-Ball. Fackelpolonaise. Volksbelustigungen aller Art.  
Entree 30 Pf. Kinder 10 Pf. Billets vorher 25 Pf.

### Altenberg's Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anst.,

Neue Jakobstr. 17, Brunnenstr. 162, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr.  
No. 57/58, Alte Schönhauserstr. 2, empf. f. f. färb. u. Reinig. v. Garderob. jed.  
Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. v. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mk. v.  
Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen  
billigst. Neu! Glanzreinigung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben.

### Oranienbad, Oranienstraße 44

zwischen Moritz- und Oranienplatz.  
Dampfkasten-Bad. Einpackung in feid. Sälen.  
Massage. Mitglieder sämtlicher Vereine zahlen  
nur pro Bad mit Packung und Massage  
**75 Pfennige.**  
Außerdem Schwefel-, Sool-, Sij- und  
Wannenbäder. 3 Wannenbäder mit Seife  
und Handtücher 1 Mark.

### Metzner's Korbwaren-Fabrik,

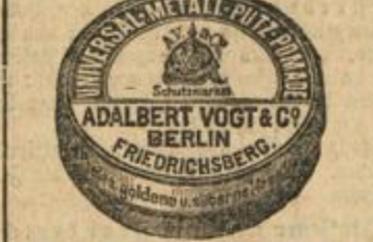
Berlin, 2. Gesch.: Brunnenstr. 95, gegenüber Humboldthain  
Kinderwagen, größtes Lager Berlins, Muster-  
bücher gratis. Theilzahlung ge-  
stattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß  
ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe.

### Buchhandlung d. „Vorwärts“

Berlin SW., Genthstr. 2.  
Gesucht werden von uns: 450/3  
1. Bebel, Mohammedanisch-arabische  
Kulturperiode.  
1. Bebel, Der deutsche Bauernkrieg.  
1. Jakob, Die drei Zaubersformeln.  
1. Schippel, Das moderne Elend.  
Sämtliche Bücher broschirt.  
Neue Zeit, Jahrg. 1889 Heft 5.

Empfehle meine Räume für Ver-  
sammlungen, sowie meinen Garten für  
Familien zum Kaffeeloch. 1519b\*  
**Röllig, Neue Friedrichstr. 44.**

### Bestes Puzmittel der Welt!



Diese **Universal-Metal-Putz-  
Maschine** ist von uns zuerst im  
Jahre 1876 eingeführt und das Fabrik-  
zeichen „Helm“ durch gesetzliche Ein-  
tragung zur Schutzmarke getrennt  
gezeichnet worden. Alle ähnlich aus-  
sehenden Erzeugnisse sind deshalb  
Nachahmungen unseres unüber-  
troffenen Puzmittels. 306L\*

### In Roh- Tabaken und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten

**!! billigster  
Einkauf!!**  
**W. Hermann Müller**  
Berlin  
Neue Friedrich-Strasse 9.  
Streng reelle Bedienung.  
**Creditgewährung!**  
nach Uebereinkunft!  
Ein Jeder mache den Versuch.

### Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.  
Freitag, 6. Juli, Ab. 8 Uhr, in den Konkordia-Festsälen,  
Andreasstraße 64:

### Übungsstunde. (General-Probe zum Sängerefest.)

Geübt werden die Lieder: Arbeiter-Vaterlandslied, Drei Ehrengrüße,  
Bruderlied, Sommer-Sonnenwende, Bannerlied und Wir glauben an der  
Freiheit Sieg. Bannerlied mit Orchesterbegleitung. — Alle Vereine müssen  
pünktlich und vollständig am Plage sein.

### Ausschuss-Sitzungen in den 6 Berliner Kreisen:

- 1. Kreis: Sonntag, den 1. Juli, Vorm. 10 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstr. 20.  
Obmann des 1. Kreises: Hübner, Wilhelmstr. Nr. 134:  
Bundes-Nummer: 6. 20. 31. 35. 39. 45. 56. 57. 58. 67. 68. 80. 84. 87.  
92. 104. 107. 109. 110. 123. 128. 138. 139. 144. 148. 156. 175. 178. 197. 199.  
202. 217.**
- 2. Kreis: Sonntag, 1. Juli, Vorm. 10 Uhr, bei Brack, Schönelestr. 6.  
Obmann des 2. Kreises: Rasche, Mariannenstr. Nr. 17, Hof 1 Tr.  
Bundes-Nummer: 5. 27. 34. 42. 43. 52. 70. 72. 82. 90. 106. 112. 114.  
116. 122. 132. 133. 138. 160. 165. 179. 184. 191. 196. 198. 201. 208. 211.**
- 3. Kreis: Sonntag, 1. Juli, Vorm. 10 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16,  
Obmann des 3. Kreises: Kortum, Manteuffelstr. Nr. 49, 2 Tr.  
Bundes-Nummer: 1. 7. 8. 13. 18. 23. 24. 25. 46. 50. 53. 55. 79. 103.  
108. 111. 118. 140. 141. 152. 155. 159. 162. 185. 186. 210. 212. 213.**
- 4. Kreis: Sonntag, 1. Juli, Vorm. 10 Uhr, bei Milke, Andreasstr. 26.  
Obmann des 4. Kreises: Kaiser, Päcklerstr. Nr. 54, 3 Tr.  
Bundes-Nummer: 3. 9. 11. 16. 17. 22. 29. 30. 37. 40. 48. 54. 60. 63.  
64. 66. 71. 74. 77. 78. 83. 85. 88. 94. 100. 101. 105. 125. 126. 127. 129. 142.  
143. 147. 162. 169. 170. 174. 176. 177. 183. 187. 200. 206. 209. 216.**
- 5. Kreis: Freitag, 28. Juni, Abends 8 Uhr, bei Grindt, Weinstr. 11,  
Obmann des 5. Kreises: Meyer, Mariannenstr. Nr. 2.  
Bundes-Nummer: 2. 10. 12. 28. 32. 44. 47. 61. 73. 91. 97. 99. 113.  
115. 119. 121. 134. 136. 146. 151. 163. 172. 218.**
- 6. Kreis: Sonntag, 1. Juli, Vorm. 10 Uhr, bei Neumann, Pasewalkerstr. 3.  
Obmann des 6. Kreises: Ad. Neumann, Pasewalkerstr. Nr. 3.  
Bundes-Nummer: 4. 14. 15. 19. 26. 33. 36. 38. 41. 49. 51. 62. 69. 75.  
76. 81. 86. 89. 93. 96. 98. 102. 117. 120. 124. 130. 131. 135. 137. 145. 149.  
150. 157. 158. 161. 167. 168. 171. 173. 180. 181. 188. 189. 192. 193. 194.  
195. 203. 204. 205. 207. 214. 215.**

In allen Sitzungen: Ausgabe von Billets, Wahl der Ober-Kontrollenre  
und wichtige Mittheilungen zum Sängerefest. — Es wird dringend ersucht, daß  
alle Vereine in ihren Kreisen pünktlich vertreten sind.  
107/5 **Der Vorstand.**

### Achtung! Chirurgische Branche.

### Große öffentliche Versammlung

am Freitag, den 29. Juni, Abends 8 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstr. 20. 485/13  
Tages-Ordnung:  
1. Die Arbeitseinstellung bei Papajewski. 2. Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vertrauensmann.**

### Arbeiter-Gesangverein „Nord“

Der Saalsperre wegen finden unsere Übungsstunden  
nicht mehr bei Albert Keller, Bergstraße 68, sondern von  
diesem Freitag an bei Augustin, Kastanien-Allee 11, statt.  
Der Umzug hat schon stattgefunden. 72/11

### Allgemeiner Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein

Berlins und Umgegend.  
Sonnabend, den 30. Juni, im Garten und 2 Sälen des Herrn Pape,  
Kolbergerstr. 23:

### Sommernachts-Fest

unter gütiger Mitwirkung des Volkshumoristen Herrn R. Heise,  
des Gesangskomikers Herrn P. Warnoy und andern bewährten  
Kräften. — Unter anderem gelangt zur Aufführung:  
Der Bagabund, oder: Eine Agitationstour.  
Soziales Lebensbild von Richard Heise.  
Kinder erhalten Mühe und Strohlaternen gratis.  
Konzert und Tanzmusik wird von den Zivil-Berufsmusikern ausgeführt.  
Billets mit Programm à 30 Pf. sind beim Komitee und Herrn  
Pape zu haben. 82/10  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. — Anfang  
7 1/2 Uhr Abends. — Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.  
**Das Komitee.**

### Buchhandlung des „Vorwärts“

Berlin SW., Genthstraße 2.

### Die Lockspindel an der Arbeit.

Geheime Dokumente  
der russischen Orientpolitik 1881-1890.  
Nach dem in Sofia erschienenen russischen Original herausgegeben  
von R. Leonow. — Berlin 1893.  
247 Seiten (anstatt M. 5.-) M. 2.-.

Von dieser höchst wichtigen Schrift haben wir die **Bestausgabe**  
(eine beschränkte Anzahl) **ausverkauft.** Das Buch  
enthält die aus den russischen Geheimarchiven ent-  
wendeten offiziellen Aktenstücke und Depeschen, welche in  
den Jahren 1881 bis 1890 von den russischen Beamten (zum  
Theil in höchsten Stellungen) an ihre Agenten in Bulgarien be-  
zogen wurden. Diese Dokumente sind f. z. von der bulgarischen Regierung  
veröffentlicht worden, um vor Europa den Nachweis zu liefern,  
wie die Jaren-Regierung ihre Lockspindel und Agenten in Bulgarien  
offen zu Nord und Dynamit-Agenten aufzodert. Ein Sach-  
und Personen-Register, wie eine chronologische Zusammenstellung  
der auf die Aktenstücke bezüglichen geschichtlichen Vorkommnisse  
erhöhen den Werth dieses Buches, das eines der wichtigsten  
Quellenwerke ist für die Geschichte — wie und von wem Akten-  
stücke und Verschöndrungen gemacht werden.

**Künstl. Zähne** schmerzlos eingesetzt, feilend, Reparaturen sofort. Weniger  
Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski, Spittelmarkt 13.**

### Vorkottirt sind:

1. Schultheiß-Brauerei, Aktien-Gesellschaft, Berlin (und Tivoli).
2. Brauerei F. Sappoldt.
3. Böhmisches Brauhaus, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, A. Knoblauch.
4. Brauerei Karl Gregory, Berlin (Adler-Brauerei).
5. Vereins-Brauerei Nizdorf.
6. Spandauer Berg-Brauerei, vorm. C. Bechmann, Bestend bei Charlottenburg.
7. Aktien-Gesellschaft Schloß-Brauerei Schöneberg.

Aus dem Brauererring während des Vorkotts sind ausgetreten und die Arbeiter-Forderungen haben anerkannt: Brauerei Carlöberg, Friedrich Reichentron, Charlottenburg. Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.

Dem Brauererring gehören nicht an und die Arbeiter-Forderungen sind durchgeführt bei:

Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin. Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.

Dem Brauererring gehören nicht an, Äußerungen über die Durchführung der Arbeiter-Forderungen liegen aber nicht vor von:

- F. W. Hoffmann, Werder a. S.
- G. Bauer, Werder a. S.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Kaiser-Brauerei, Dummer und Rahl, Charlottenburg.
- Brauerei Phönix, Lichterfelde.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.

Durch Vermittelung der Bierkommission oder auf deren Änregung führen nachstehend verzeichnete Brauereien von auswärts Bier nach hier ein:

- Brauerei in Wusterhausen.
- Exportbrauerei Rathenow.
- Bürgerliches Brauhaus, Dresden.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Quintern), Ludenwalde.
- Brauerei Maß, Rottbus.

## Die Kommission für Arbeiter-Statistik

erlebte in ihrer heutigen Sitzung den dritten und letzten Gegenstand ihrer Tagesordnung: Die Erhebungen über die Arbeitszeit in den Betrieben. Bereits im Juni 1892 hatte die Kommission ihr Augenmerk auf dieses Gewerbe gerichtet; da bei der Aufstellung der Fragebogen eine Einigung nicht erzielt wurde, konnte der Wortlaut der Fragebogen erst im Januar 1893 festgesetzt werden. Die Vertheilung der Bogen wurde nach einer auf Grund des Katasters der Berufsgenossenschaft angefertigten Liste vorgenommen. Es war beabsichtigt, 10 pCt. der Betriebe zu befragen und wurden demzufolge 1434 Fragebogen an Windmühlen, 2808 an Wassermühlen und 250 an Dampfmaschinen ausgegeben. Es stellte sich heraus, daß viele von den Windmühlen keine Gehilfen mehr beschäftigen und konnten aus diesem Grunde nur 995 Bogen zur Bearbeitung herangezogen werden. Auch von den Antworten der Wassermühlen mußten 456 ausgeschieden werden, weil auch hier die Voraussetzungen nicht mehr zuträfen. Statt nun die Verhältnisse von 10 pCt. sämtlicher Mühlen in dem statistischen Werk zur Darstellung zu bringen, konnten aus dem erwähnten und anderen Gründen nur von 6,96 pCt. der Windmühlen, 8,25 pCt. der Wassermühlen und 10,2 pCt. der Dampf- resp. der Dampf- und Wassermühlen die Angaben berücksichtigt werden. Die Kommission kam zu der Ansicht, daß die bei den Erhebungen ermittelten Thatsachen ausreichen, um als Grundlage für die weiteren Erhebungen dienen zu können.

Die Kommission hatte heute zu beschließen, welche Schritte unternommen werden sollen, um das Material so zu vervollkommen, daß man es sehen kann, ob und welche Maßnahmen erforderlich sind, um die bestehenden Mängel zu mildern oder zu beseitigen. Zu dieser Beratung waren sechs Sachverständige, drei Mühlenbesitzer und drei Gehilfen hinzugezogen. Nach längerer Debatte beschloß die Kommission, daß ähnlich wie bei früheren Anlässen die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen ihre Ansichten über eine Reihe von Fragen äußern sollen. Ferner soll das Reichs-Gesundheitsamt ersucht werden, ein Gutachten abzugeben über den Einfluß der Mühlenarbeit auf die Gesundheit der in dem Gewerbe beschäftigten Arbeiter. Wenn die Antworten der Interessenten und das Gutachten des Reichs-Gesundheitsamtes vorliegen, sollen abermals Sachverständige verhört und dann die Sache zum Abschluß gebracht werden.

Wenn jetzt schon feststeht, daß im Mältereibetriebe so lange Arbeitszeiten vorkommen, wie dieses wohl bei keinem anderen Gewerbe der Fall ist, so stellen sich bei der Regelung der Arbeitszeit beim Mältereigewerbe auch bedeutende Schwierigkeiten ein, weil die benutzten Triebkräfte Wind und Wasser eine unregelmäßige Arbeitszeit hervorgerufen. Aus dem vorliegenden Material ist bereits zu sehen, daß diese Ursachen nicht immer die lange Arbeitszeit hervorgerufen. Wenn ein ernstlicher Wille vorhanden ist, wird auch ein Weg gefunden werden können, auf welchem das erwünschte Ziel erreicht werden kann.

## Kommunales.

Die Deputation zur Verathung der Neu-Ordnung der Gemeindesteuern vollendete gestern ihre Beratungen. In den ersten beiden Besungen war bezüglich der Kanalisations-Ausgabe beschlossen: Die zur Deckung der laufenden Ausgaben für die Kanalisation einschließlich der für Verzinsung und Amortisation entstehenden Kosten haben die Hausbesitzer voll aufzubringen. Dem Sturmlaufen der Hausbesitzer gegen diesen Beschluß gelang es, gestern denselben zu Fall zu bringen: mit 13 gegen 13 Stimmen wurde der frühere Beschluß aufgehoben und mit großer Majorität beschlossen, an Stelle der bisher geleisteten Abgabe von 1 pCt. 2 pCt. des Nutzungswertes zu erheben. Dadurch würde eine Liebesgabe in Höhe von etwa 300 000 M. jährlich den Hausbesitzern

durch die Stadt dargereicht werden. Nunmehr beantragten unsere Genossen in der Deputation, dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen, ob und inwieweit den Hausbesitzern die Straßereinigungs-Kosten, deren Lasten den Berliner Hausbesitzern gesetzlich obliegen, aufzuerlegen sind. Mit 11 gegen 13 Stimmen wurde dieser Antrag abgelehnt. In der weiteren Verathung wurden die früheren Beschlüsse betreffs der Bauplatzsteuer, Betriebssteuer, Gemeinde-Grundsteuer, Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Aufhebung der Miethsteuer wiederholt. Ein Antrag, die Einkommen von 600 bis 900 Mark zur Einkommensteuer heranzuziehen, wurde mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Demnach ist beschlossen: Die Liegenschaften, welche durch Festsetzung von Bauplätzen in ihrem Werth erhöht worden sind, werden zu einer Steuer von 1/2 pCt. des höheren Wertes herangezogen; die Betriebssteuer wird in der durch das Gewerbesteuer-Gesetz normirten Höhe weiter erhoben; die vom Staate überwiesene Gebäudesteuer wird mit der bisherigen städtischen Haussteuer zu einer Steuer verschmolzen; bei Festsetzung des Stadthaushalts-Etats wird bestimmt, welcher Prozentsatz von dem jährlichen Veranlagungslohn nach dem jeweiligen Steuerbedarf zu erheben ist. Die Einkommensteuer soll sich zu den Realsteuern im Verhältnis von 2 zu 3 befinden (werden 100 pCt. Einkommensteuer erhoben, so sind 150 pCt. Grund- und Gewerbesteuer zu erheben). Die Miethsteuer kommt in Fortfall. Ferner wurde beschlossen, dem Magistrat zur Erwägung zu geben, das Schulgeld für Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen von 100 auf 130 M. (dieses Real erhebt der Staat für die staatlichen höheren Schulen) zu erhöhen. Zur Zeit verausgibt die Stadt pro Kopf des höheren Schülers jährlich 176 M., pro Kopf der höheren Tochter 64 M. 47 Pf., pro Kopf des Gemeindegülers — 64 Mark.

## Tokales.

In den Gewerbegerichts-Wahlen. Heute, am 28. Juni, Abends 8 Uhr, ist der Termin zur Einzeichnung in die Wählerlisten für die Gewerbegerichts-Wahl beendet. Wer sich bis dahin nicht hat einzeichnen lassen, kann diesmal nicht wählen.

Bedaurelicher Weise müssen wir konstatieren, daß die Einzeichnung bei dieser Wahl weit lauer erfolgt ist, als bei der vorigen. Die Parteigenossen und Gewerkschaften scheinen anzunehmen, daß Gegner bei dieser Wahl nicht zu fürchten sind, da die organisirten Arbeiter bei der vorigen Wahl so leicht den Sieg errungen haben. Doch täuschen wir uns nicht, auch unsere Gegner sind auf dem Posten!

Im ganzen haben sich bis jetzt zur Einzeichnung in die Wählerlisten an den einzelnen amtlichen Stellen gemeldet:

- Im Wahlbureau Poststr. 16: 1800 Arbeitgeber, 200 Arbeiter;
- in der Turnhalle Tempelhofer Ufer 2: 300 Arbeitgeber, 700 Arbeiter; in der Turnhalle Schmidstr. 38: 200 Arbeitgeber, 450 Arbeiter; in der Turnhalle Skalitzerstr. 55/56: 150 Arbeitgeber, 1800 Arbeiter; in der Turnhalle Straußbergerstraße 9: 250 Arbeitgeber, 550 Arbeiter; in der Turnhalle Gipsstr. 23a: 50 Arbeitgeber, 800 Arbeiter; in der Turnhalle Kastanien-Allee Nr. 82: 150 Arbeitgeber, 1200 Arbeiter; in der Turnhalle Pantstr. 7/8: 200 Arbeitgeber, 1450 Arbeiter; in der Turnhalle Thurmstr. 86: 50 Arbeitgeber, 450 Arbeiter.

Es sind demnach im ganzen bis jetzt ca. 3000 Arbeitgeber und ca. 7000 Arbeitnehmer in die Wählerlisten eingetragen. Ein sehr unbefriedigendes Resultat! Bei der vorigen Wahl waren ca. 30 000 Arbeiter in die Wählerlisten verzeichnet.

An der Zusammensetzung des Gewerbegerichts ist jeder Arbeiter interessiert und die Urtheile, die in letzter Zeit gefällt wurden, müßten es jedem Arbeiter, jedem Parteigenossen zur Pflicht machen, sich an den Wahlen zu betheiligen.

Angesührt und hervorgehoben soll werden, daß in allen Wahlbezirken die Einzeichnung von seiten unserer Parteigenossen noch viel zu wünschen übrig läßt.

Dringendste Pflicht aller Parteigenossen ist es deshalb, daß sie sich noch schnellstens in die Wählerlisten eintragen lassen, sofern dieses bis jetzt noch nicht geschehen ist. Die ausgefüllten Anmeldeformulare müssen bis spätestens heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr in den amtlichen Aufnahmestellen abgegeben werden.

Also nochmals, Parteigenossen, holt das Veräumte an dem letzten Tage, der uns noch zur Einzeichnung bleibt, nach, sonst könnt Ihr nicht wählen!

Parteigenossen! Veräumt nicht, Euch in die Wählerlisten zur Gewerbegerichts-Wahl eintragen zu lassen!

Die Parteigenossen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten von der vorigen Wahl verworfen sind und daß ein Jeder, der wählen will, sich unbedingt in die Listen eintragen lassen muß. Heute, Donnerstag, ist der Termin für die Eintragung in die Wählerlisten beendet.

Die Anmeldungen werden entgegengenommen:

1. im Wahlbureau, Poststr. 16, 2 Tr., Wochentags von 8-3 Uhr;
2. in der Turnhalle der 131./169. Gemeindegemeinschaft, Tempelhofer-Ufer 2;
3. in der Turnhalle der 62. Gemeindegemeinschaft, Schmidstr. 38;
4. in der Turnhalle der 113./170. Gemeindegemeinschaft, Skalitzerstraße 55/56;
5. in der Turnhalle der 23. Gemeindegemeinschaft, Straußbergerstraße 9;
6. in der Turnhalle der 8./63. Gemeindegemeinschaft, Gipsstraße 23a;
7. in der Turnhalle der 15. Gemeindegemeinschaft, Kastanien-Allee 82;
8. in der Turnhalle der 118. Gemeindegemeinschaft, Pantstr. 7-8;
9. in der Turnhalle der 113./128. Gemeindegemeinschaft, Thurmstraße 86.

und zwar Wochentags von Nachmittags 5 bis 8 Uhr und Sonntags von 12 bis 3 Uhr.

Als Ausweis genügen für den Arbeitgeber die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer,

für den Arbeitnehmer ein Zeugnis seines Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, sowie Steuerquittungen u. dgl., daß er seit mindestens einem Jahre innerhalb des Gemeindebezirks wohnt oder in Arbeit steht.

Formulare zu den schriftlichen Anmeldungen können in Empfang genommen werden.

1. im Wahlbureau Poststr. 16, 2 Treppen, während der Dienststunden von Vormittags 8 bis Nachmittags 3 Uhr, und
2. in den oben genannten Anmeldestellen während der vorgeschriebenen Anmeldezeit.

Es wird darauf ganz besonders aufmerksam gemacht, daß bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung das Stimmrecht ruht. Versäume deshalb niemand die Eintragung rechtzeitig vorzunehmen.

**Bierschnüffler.** So wenig Skrupellos in der Wahl der Mittel zu unserer Bekämpfung, so wenig wählerisch sind unsere Gegner auch in der Wahl ihrer Ausdrücke, sofern diese nur geeignet erscheinen, der über Alles gekappten Sozialdemokratie etwas „anzuhängen“. So ist auch die Bezeichnung „Bierschnüffler“ vom ästhetischen Standpunkte aus betrachtet nicht gerade salonsfähig zu nennen. Das genügt aber unsere Gegner durchaus nicht, denn dieser etwas anrüchliche Ausdruck paßt sehr wohl in ihren Kram, da er unwillkürlich eine Vorstellung erweckt, die nicht besonders schmeichelhaft für diejenigen ist, welche mit diesem Epitheton belegt worden sind. Dieser Epitheton bezeichnet die sozialdemokratischen Bierkontrollen. Es dürfte schwer festzustellen sein, wer diesen Ausdruck erfunden hat. Man dürfte in dessen kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß diese Vereinerung unseres Sprachwörterbuches in den Kreisen jener Gastwirthe zur Welt gebracht worden ist, die in ihrer Prognostik verneinen, das Publikum sei nur ihrbetwegen da und die speziell die Arbeiterschaft nur von oben herab zu behandeln und als tief unter sich stehend zu betrachten gewöhnt sind. Jene Gastwirthe, die in Loyalität und Patriotismus sich gegenseitig überbieten, die keine Sozialdemokraten leiden können, aber dessen ungeachtet deren Groschen gerne einsäckeln, die mit der jehigen samosen Saalperre wieder ein Pröbchen ihrer Gesinnungstüchtigkeit abzulegen vermeinten und die sich nicht entblödeten, mit selbsttriefendem Munde von den Festlichkeiten des „deutschen Gastwirthes“ in Hannover kommend, lamentabel öffentlich den Klingelbeutel zu schwingen und im milde Gaben für die armen Gastwirthe zu bitten, denen es ohnehin schon so schlecht geht, daß sie ihre Kellner nicht bezahlen können, dieselben vielmehr bei schmäcker Kost auf die Trinkgelder anweisen, die jenen mitleidsvoll von den Gästen verabsolgt werden, und die durch ihre freiwillige Saalperre vollends an den Bettelstab gebracht werden sollen. Wie gesagt, die Vermuthung liegt nahe, daß in diesen bornirten Gastwirthkreisen die Bezeichnung „Bierschnüffler“ aufgefunden ist, denn nur die Gastwirthe geht in erster Linie die Bierkontrolle an, in zweiter Linie allerdings auch andere Gewerbetreibende, sofern Flaschenbier in Frage kommt. Die sogenannten Bierschnüffler sind sehr ehrenwerthe Parteigenossen, die sich in dem jehigen Bierkriege der sozialistischen Arbeiterschaft gegen den Brauerering in den Dienst der ersteren gestellt haben und eine volloberechtigte Thätigkeit entfalteten, indem sie mit nicht hoch genug anzuerkennendem Eifer darüber wachen, daß die Arbeiterschaft bei ihren Versammlungen, Festen u. dgl. kein Bier verabsolgt erhalten, welches sie zu trinken nicht gewillt ist. Da die Gastwirthe die Zwischenhändler zwischen Brauereien und Publikum bilden, so haben die Bierkontrollen naturgemäß bei diesen ihre Thätigkeit zu entfalten. Eine derartige Geschäftsprognostik halten jene Herren aber für einen frivolsten Eingriff in ihre geistigen Berechtigungen, sie sind der Meinung, daß die Arbeiter froh sein können, wenn ihnen überhaupt Bier verkauft wird und daß sie nicht lange zu fragen haben, was für Bier sie erhalten. Daher verfallen sie in den Siedepunkt sittlicher Entrüstung über die frechen Sozi. phantastern von Terrorismus und nennen die ehrenhaften Bierkontrollen der Arbeiter „Bierschnüffler“, um sie mit einem häßlichen Odeur zu umgeben und die öffentliche Meinung gegen dieselben einzuathmen. Durch dieses Manöver suchen die Herren gleichzeitig sich selbst zu saliviren, indem dadurch die unbestreitbare Thatsache verschleiert werden soll, daß sie selbst die Grundursache der „Bierschnüfflerei“ sind. Denn es ist ein offenes Geheimniß, daß Gastwirthe im Interesse einiger in dem Bierkriege engagirter Brauereien keinen Anstand nehmen, „Schiebungen“ zu machen, d. h. von den Arbeitern verpönte Bier diesen unter einem falschen Namen zu verkaufen. Um sich gegen eine derartige Täuschung zu schützen, haben sich Parteigenossen in den Dienst der Arbeiterschaft als freiwillige Bierkontrollen gestellt, ja jeder Parteigenosse ist mehr oder weniger ein derartiger Bierkontrollen oder „Bierschnüffler“. Den Herren wird scharf auf die Finger gesehen, und daß eine derartige Kontrolle nur allzu berechtigt und notwendig ist, daß hat deren Thätigkeit hinreichend bewiesen. Die „Bierschnüffler“ sind also, was festzuhalten ist, ein Produkt der Epselgenheit so mancher Herren Gastwirthe. Die „Bierschnüffler“ wären unnöthig, wenn den gedachten Epselgenheiten nicht gehuldet würde. Der Verriß, der den Bierkontrollen durch die Bezeichnung „Bierschnüffler“ angeheftet werden soll, fällt somit mit doppelter Wucht auf die Veranlasser derselben zurück. Diese sind ebenso wie unter den Gastwirthen unter den Bierverlegern zu suchen und hier wird die Täuschung in noch weit höherem Maße betrieben, da eine Bierkontrolle beim Flaschenbier eine weit schwierigere ist, als beim Fapbier. Unter den Bierverlegern giebt es gar findige Köpfe, die um Ausschiffsmittel, in Arbeiterkreisen verpönte Bier an den Mann zu bringen, nicht in Verlegenheit sind. Es ist geradezu erstaunlich, was für „Bräus“ jetzt auf der Bildfläche erscheinen, Namen, von denen man früher nie etwas gehört hat. Eine kleine Umschau auf diesem Gebiete führt zu recht interessanten Entdeckungen. Wie schon seinerzeit in der Bierkommission der Gastwirthe betreffs des Flaschenbierhandels der Brauereien von authentischer Seite beklundet wurde, herrscht in den Kreisen der Bierverleger eine hohe Kunstfertigkeit in der Anfertigung von Flaschen-Etiquettes. Andere dieser Art lassen jede Spezialbezeichnung und jede Angabe einer Brauerei fort und bezeichnen das Bier einfach als „Lagerbier“. Nun soll Jemand rathen, was er für Bier trinkt! Am allerentschiedensten aber ist die Methode, das Flaschenbier mit gar keinem Etiquette zu versehen. Da werden alle möglichen Flaschen genommen, alles mögliche Bier hineingegüllt, so, liebes Publikum, nun trinke! Wie soll sich die Arbeiterschaft gegen derartige Hintergebungen anders schützen, als durch „Bierschnüffler“? Und erfreulicher Weise sind die Bierschnüffler auch hier gar emsig bei der Arbeit, sie scheuen keine Mühe, um Täuschungen offenkundig zu machen. Und da die Bierschnüffler eine ebenso feine Zunge wie Nase haben, so wird ihre mühevollen Thätigkeit auch hier von Erfolg gekrönt werden zum besten der Arbeiter. Mögen unsere Gegner diese Biermänner auch bestmöglichst hassen, die Arbeiter haben alle Ursache, die höchste Anerkennung den arbeits- und opferfreudigen „Bierschnüfflern“ zu zollen.

**Vom Wasserfärben.** In ihrem eigenen Interesse veräume keine Brauerei gratis und franko abzuholen: Ein Probefläschchen des von mir seit zwanzig Jahren fabri- cirt und allgemein beliebt gewordenen Exportbier- Extrakts. Dasselbe übertrifft alle ähnlichen Farbmittel an Farbekraft u. dgl. In diesem Ton geht die Anpreisung fort, mit der ein Herr Gebrüder in der Zimmer- straße sein Mittel zum Wasserfärben den Brauereien dar- bietet. „Hopfen und Malz, Gott erhalt's“, erklären sich

bekanntlich die Berliner Herren der „volkshämischen Industrie“ auszuweisen, wenn sie ihre Export- und andere Biers dem Publikum marktschreierisch anpreisen. Auf welche Weise die „aus reinem Malz und Hopfen“ hergestellten Produkte zusammen-gemacht sind, wie viel von dem seit 20 Jahren allgemein be- liebt gewordenen Farbmittel“ gebraucht werden, das zu be- finden ist ja nicht Sache der Wasserfärber, sondern es ja menschenweises nur Arbeiter sind, die Berliner Bier trinken. Farbmittel hin, Farbmittel her, wenn's nur reichlich Divi- denden und Tantiemen bringt!

„Bei mir verkehren keine Sozialdemokraten.“ Ein Schankwirt in der Brunnenstraße, der sich nach aller Vor- haltungen der bei ihm verkehrenden Arbeiter nicht zur Ab- schaffung des von ihm geführten Bockbieres bequemen wollte, war ob der ihm von der bisherigen Kundschaft zugegangenen Abfrage derart in Harnisch gerathen, daß er gestern an seinem Lokaleingang ein Plakat anbringen ließ, auf dem in Rapidarschrift zu lesen stand: Hier giebt es vorzügliches Lagerbier. Bei mir ver- kehren keine Sozialdemokraten! Selbstverständlich hatte das Plakat zur Folge, daß kein Mensch seinen Fuß über die Schwelle des Lokals setzte. Während aber anfangs die Passanten kopfschüttelnd ob der Thorheit des Wirtches ihre Wege gegangen waren, blieben bald die Leute stehen, und jeder, der sich das Plakat näher ansah, broch in herzhaften Lachen aus. Schließlich betrat ein Spah- verberber die Schankräume und raunte dem Wirtch ein paar Worte ins Ohr. Plugs erschien der Hausknecht auf der Straße, sah sich das Plakat an und stimmte kopfschüttelnd mit in das Lachen des Publikums ein. So wehe es ihm anseinernd that, so blieb aber schließlich nichts anderes übrig, als den Befehl seines Herrn zu vollziehen und das Plakat abzureißen. Als die Menge sich zu verlaufen anfing, ging ein Bekannter des Wirtches in das Lokal und fragte nach der Ursache des Gelächers dort draußen. Ja, antwortete der Wirtch, da hat sich wieder so ein verdammter Sozialdemokrat einen Witz gemacht. Das Plakat mit den inhalt- schweren Worten war nämlich unterzeichnet: „Der blödsinnige Wirtch.“

In dem am Sonntag verbreiteten Flugblatt sind heute noch nachfolgende Nennungen eingelaufen:

1. Wahlkreis, Dorothienstr. 62, Wille, kein Schul- heiß, sondern Münchener Brauhaus.
2. Wahlkreis, Mariendorferstraße 7, Becker, kein Gappoldt, sondern Unionsbrauerei. Sneysenstraße 50, Günther, kein Vereinsbier, sondern Müggelschloßchen. Urban- straße 102, Baugerman, Bergschloßbrauerei, Auktions- verweigerung auf Irrthum beruhend. Großboerenstraße 18, J. Tischmann, schämt Bier aus der Kronenbrauerei.
3. Wahlkreis, Sousten-Ufer 44, Kämmerich, Spandauer- berg, Pöblich und Lutzenwalder. Kaiser Franz Grenadierplatz 5, Richter, kein Schulheiß sondern Böhlow. Kaiser Franz Grenadierplatz 6, Hildebrandt, kein Vereinsbrauerei-Bier sondern Borussia. Alexandrinenstr. 33, Simscheid, kein Schul- heiß sondern Reichentron-Charlottenburg. Ritterstr. 51, Köllner, kein Schulheiß noch Böhmisches, sondern Pagenhofer.
4. Wahlkreis (Süd-Ost), Wrangeistr. 130, Töbke, kein Gappoldt, sondern Schülze u. Hildebrandt, Werder, Pücker- straße 3, Urndt, kein Böhmisches sondern Reichentron.
5. Wahlkreis (Ost), Müddersdorferstraße 90, Busch, kein Schöneberger, sondern von der Kommission. Königsberger- straße 20, kein Bockbier, sondern Wilhelmshöhe. Kopp- straße 85/86, Waregach, kein Schöneberger, kein Bockbier.
6. Wahlkreis, Hochmeisterstr. 25, Harm, kein Schulheiß, sondern Odo. Berliner. Chorinerstr. 30, Stein, Münchener Brauhaus. Usedomstr. 14, Wme. Wärmund, Nordhorn. Janskirchstr. 12, Hopfer, Reichenow Bier. Janskirchplatz 1, Thiesen, kein Böhmisches, sondern Böhlow. Geyerstr. 1a, kein Gregor, sondern Odo. Berliner. Grün- thalerstraße 39, A. Müller, kein Böhmisches, sondern Wilhelmshöhe.

Zur Lokalfrage. Der Vorsitzende der Lokalkommission er- hielt unter dem Datum des 26. Juni folgendes in der Form recht interessante Schreiben zugestellt:

Herrn H. Gumpel, hier. In der Lokalliste vom 24. Juni er- fand ich mein Lokal unter denen, welches zu Versammlungen zu haben ist. Allerdings unterschrieb ich seiner Zeit einen Schein, nach welchem ich meine Lokalitäten dazu hergeben wollte. Doch erstreckte sich dieses nicht auf die Zeit des Bockbiers. Da ich in geschäftlicher Beziehung mit meiner Brauerei sehr eng verbunden, dieselbe aber zu derartigen Versammlungen die Lieferung des Bieres verweigert, so ersuche Sie hierdurch höflichst, mich während der Zeit der Sperre aus Ihrer Liste zu streichen. Nach der selben bin ich gern bereit, Ihnen mein Lokal zu jeder Zeit, wann und wie oft es Ihnen beliebt, zur Verfügung zu stellen. In der Hoffnung, daß Sie die Nothwendigkeit dieses Schreibens einsehen, zeichne Hochachtungsvoll Quarg, „Aktushof“, Pörschebergstr. 23.

Den Gefallen, ihn aus ihrer Liste zu streichen, werden die Arbeiter Herrn Quarg natürlich thun.

Eine andere Frage dürfte es sein, ob die Arbeiter auch nach Aufhebung der Sperre bereit sein werden, Herrn Quarg aus ihrer Liste zu streichen.

Uebrigens sei bemerkt, daß auch Herr Henke, Staliker- straße 54, sein Lokal während der Dauer der Sperre zu sozial- demokratischen Versammlungen verweigert.

Auch das wird die Arbeiterliste sich in das Notizbuch schreiben.

Der Ausschuss der Gewerbegerichts-Beisitzer (Arbeits- nehmer) hat in seiner letzten Sitzung seine Mißbilligung darüber ausgesprochen, daß in einem Fall ein Gewerbegerichts- Beisitzer sein Amt zu einer Art Geschäftsklebebande benutzt hat. Dem betreffenden Beisitzer (es ist der ehemalige Zinkgießer, jetzige Restaurateur Otto Jost, Stalikerstr. 75) ist übrigens anheim ge- geben worden, auf Grund des § 14 der Gewerbe-Ordnung und § 10 des Ortsstatuts Berlin sein Mandat niederzulegen.

Auch wir müssen gestehen, daß es eine geschmacklose Klebe- bande ist, wenn ein Wirtch sein Restaurant in seiner Eigenschaft als Gewerbegerichts-Beisitzer empfiehlt!

Herr Schweisberger, Köpenickerstr. 8, berichtet uns, daß er seinen Saal zu politischen Versammlungen nicht bergiebt. Wirthin ist die Mittheilung in unserer Lokalliste unrichtig.

Der Gemeindevorstand von Nowawes sendet uns folgende, von ihm, wie vom Gemeinderath unterzeichnete Be- lannntmachung zur Veröffentlichung zu:

In der Schwurgerichts-Verhandlung des Königlichen Land- gerichts zu Potsdam am 15. und 16. d. Mts. sind die Ein- wohner von Nowawes von dem Gendarm Herrn George als pöbelhaftes Publikum und in noch anderer Weise so hingestellt worden, als ob die hiesigen Einwohner die schlechtesten Menschen wären.

In der hiesigen Gemeinde sind gewiß nicht mehr schlechte Menschen, wie in anderen industriellen Orten. Es ist hier ein sehr seltener Fall, wenn ein hiesiger Einwohner vor das Schwurgericht kommt und daß mal jemand aus der Gemeinde unter Polizeiaufsicht gestellt werden muß. Der Herr Staats- anwalt betonte in seiner Rede, daß vor mehreren Jahren schon in demselben Saale sich eine Verhandlung wegen Tödtung eines Nowaweser Gendarmen abgespielt habe. Diese Annahme des Herrn Staatsanwalt ist aber eine irrige, denn der Gendarm ist damals nicht in Nowawes und von Nowawesern erschlagen, sondern es war der in Neuenhof stationirte Gendarm Schömer, derselbe ist von einem in Potsdam arbeitenden Kutscher, welcher in Neuenhof zu einem Tanzergewinnen gekommen war und beim Nachhausegehen Skandal machen wollte, in Neuenhof, Kaiser- und Potsdamerstraßen-Ecke erschlagen worden. Die nach hier

zugezogenen Einwohner freuen sich über die Artigkeit, Bescheiden- heit und Gefälligkeit der eingeborenen Nowaweser.

Es haben sich daher auch in letzterer Zeit im hiesigen Orte Pensionäre, H. Krentz zc. angesiedelt, es ist noch nicht vor- gekommen, daß auch nur einer dieser Herren wegen des hier herrschenden rohen und pöbelhaften Betragens des Publikums wieder fortgezogen wären, im Gegentheil befinden sich diese Leute unter den hiesigen Einwohnern sehr wohl.

Die angeführte Schwurgerichtsverhandlung beschäftigte sich bekanntlich mit dem Kauf, der am 20. Februar in Nowawes aus Anlaß des von dem Gendarm Preuss an den Tag gelegten Benehmens entstanden ist. Dieser Beamte benahm sich an dem Tage, wie wohl noch erinnerlich, derart, daß er von Nowaweser Einwohnern, die vor Gericht als Zeugen geladen waren, für be- trunken gehalten wurde. Es wurde vor Gericht u. a. ausgesagt, daß der Gendarm Preuss mit einem der Angeklagten an dem betr. Tage getrunken habe, daß er in einer Wohnung mit dem Kopfe auf die Nähmaschine geschlagen sei u. s. w. Eine Zeugin sagte aus, daß der Gendarm ihr einen unästlichen Antrag gestellt habe. Preuss bestritt die meisten dieser Aussagen. Ver- urtheilt wurden in dieser Affäre vom Schwurgericht Potsdam, wie wir kürzlich gemeldet haben, mehrere Einwohner von Nowawes zu schweren Gefängnisstrafen. Sie wurden schuldig befunden, sich an einer öffentlichen Zusammenrottung betheiligt zu haben.

Die Nixdorfer Kanalisation macht sich auch für Berlin bereits in vortheilhafter Weise bemerkbar. Der verächtliche Nix- dorfer Miesengraben, der sich früher nicht bloß durch seinen Geruch, sondern mehr noch durch die Schlammmassen, die er dem Schiffahrtskanal zuführte, in der nachtheiligsten Weise bemerkbar machte, zeigt seit einigen Wochen ein völlig klares und durch- sichtiges Wasser, so daß die Berliner Jungen an den wärmeren Tagen der Versuchung nicht widerstehen können, in diesem Wasser zu baden.

Ueber die gegenwärtige äußere Ausstattung der Ber- liner Schuhmannschaft weiß eine hiesige Korrespondenz folgen- des auszulandern: „Die Uniformstücke der Berliner Schuh- mannschaft haben in der letzten Zeit eine gegen früher ab- weichende Veränderung im Gebrauch erfahren. Seitdem der Magistrat die Kleidungsstücke nicht mehr auf eigene Rechnung anfertigen läßt, vielmehr nur eine Pauschsumme zahlt, ist auch in bezug auf die Schuhmannscheidung die beim Militär übliche Sparsamkeit eingeführt worden. Während früher in jedem Jahr ein neuer Anzug geliefert wurde, und die ältesten Garnituren dementsprechend wegfielen, trägt die Schuhmannschaft jetzt im gewöhnlichen Dienst die im Jahre 1891 gelieferten Röcke, an Sonntagen bei gutem Wetter die Garnituren 1892 und die vom vorigen Jahre nur bei festlichen Gelegenheiten. Die in dem laufenden Jahre fällige Lieferung ist überhaupt noch nicht zur Ausgabe gelangt. Dementsprechend ist das Aussehen der Schuh- männer auf den Straßen nicht mehr ein so sauberes, tadelloses, wie früher. Ebenso verhält es sich mit den Paletots, die zum Theil schon recht fadenförmig aussehen und daher nicht mehr zweckentsprechend sein dürften.“

Eine heftige Benzin-Explosion fand am Mittwoch Mittag um 12¼ Uhr in dem Hause Kommandantenstraße 80 statt. Zu ebener Erde liegt dort die Droguenhandlung von Oskar Knauth, deren Lagerkeller sich im linken Seitenflügel be- findet. Zur angegebenen Zeit schied die Zimmerstraße 88 be- legene Großhandlung von Braumüller durch den achtzehnjährigen Kutscher Paul Dietrich eine Flasche mit etwa 25 Litern Benzin. Knauth hat den Kutscher, die Sendung nach dem Lagerkeller zu bringen. Etwa auf der Mitte der linken Treppe hat Dietrich einen Fehltritt und stürzte die wenigen Stufen hinab. Hierbei zerbrach die Flasche und die Benzingase drangen in eine neben der Treppe befindliche Waschküche, wo helles Feuer brannte. Sofort erfolgte eine Explosion. Die Fenster des Treppenhauses im linken Seitenflügel sind bis zum dritten Stock zertrümmert worden, und die Thüren zu den Räumen des Kellers und Erdgeschosses wurden ausgehoben und auf den Hof geschleudert. Dietrich war augenblicklich in ein Flammenmeer gehüllt. Herr Knauth, der die Flammen löschen wollte, verbrannte sich beide Hände. Dietrich ist am ganzen Körper mit schweren Brandwunden bedeckt und die Kopfhaut hat sich vom Schädel gelöst. Der Doktor med. Ritter aus demselben Hause war alsbald zur Stelle und legte dem Verletzten einen Verband an. Dietrich wurde nach dem Krankenhaus am Urban befördert, während Knauth in der Wohnung verblieb. Die Feuerwehr war unter dem Branddirektor Biersberg zur Stelle und löschte den im Keller entstandenen Brand nach kurzer Zeit.

Der Konfektionär, über dessen Verschwinden wir gestern berichtet haben, heißt Paul Fabian und wohnt Lindenstr. 37.

Ueber die Berliner Kinder wird von den Landleuten der Vororte Klage geführt. Die botanisirenden Ausflügler gehen oft in dem Bestreben, Kornblumen zu pflücken, über die zulässigen Grenzen hinaus und zertreten die Halmfrüchte. So ist dieser Tage dem Besitzer L. der am Birkenwäldchen in Tempelhof ein Stück Ackerland mit Roggen bestellt hat, ein erheblicher Schaden zugefügt worden, ohne daß L. weiß, an wen er sich dieserhalb wenden kann.

Von der Equipage des Fabrikanten Sp., Hermsdorfer- straße 8, wurde am Montag Nachmittag der sechsjährige Knabe Franz Herrfurth in der Ackerstraße überfahren.

Einem Selbstmord beging der in der Privatklinik des Dr. H. in der Markussstraße behandelte 43jährige Tischler Franz Finke aus der Memelerstraße. Man fand den Patienten am Mittwoch Morgen erhängt vor.

Verschunden ist seit Sonnabend Morgen 8¼ Uhr die zehnjährige Magda Meer, Tochter des Stuckateurs Carl Meer, Borsortstr. 14. Das Kind trug ein rothfarbirtes Kleid, ein blaues Jacket mit blanken Knöpfen, sowie einen schwarzen Hut mit rothem Band. Die Eltern, welche nicht die geringste Er- klärung für das Verschwinden ihres Kindes haben, bitten Jedermann, der ihnen einen Anhalt zu geben vermag, eine entsprechende Mittheilung an ihre oben angegebene Adresse gelangen zu lassen.

Zeugen gesucht! Am Sonnabend Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr ist eine Frau, welche an der Friedrich- und Leipzigerstraßen-Ecke mit Blumen handelte, von einem Schuh- mann in auffälliger Weise sistirt worden. Die zahlreichen Passanten, welche der Auffsehen erregenden Affäre als Zuschauer bewohnten, werden ersucht, ihre Adressen in der Expedition des „Vorwärts“ abzugeben.

Witterung in Deutschland am 27. Juni, 8 Uhr Morgens.

Nachdem das Barometer in ganz Deutschland, außer in Ost- preußen, seine normale Höhe überschritten hat, ist längs der Küste und in Süddeutschland trockenes und vielfach heiteres Wetter eingetreten. In der Nordsee ist heute Morgen der Himmel gänzlich wolkenlos, im norddeutschen Binnenlande hingegen noch größtentheils bewölkt; doch haben auch hier die Regenfälle auf- gehört. Die Winde haben sich nach Nord gedreht und sind in Norddeutschland viel schwächer, zu Mülhausen i. E. jedoch sehr stark geworden. Die Temperatur ist meistens noch etwas gesunken; nur an der Nordseeküste hat sich die Luft zu erwärmen begonnen.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. Juni 1894.

Nachts noch kühl, am Tage etwas wärmeres, trockenes und vorwiegend heiteres Wetter, mit mäßigen bis frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 26. d. M. Nachmittags versuchte ein Schüler im Flur eines Hauses der Mantuffelstraße sich mittels Salzsäure zu vergiften. Er verletzte sich schwer und mußte nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht werden. — In einem Hause der Markgrafenstraße fand Abends ein Garbenerbrand statt.

## Gerichts-Beitung.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Cuno. Sitzung vom 25. Juni.

Der Arbeiter B. arbeitet in einer Kolonne, deren „Führer“ U. ihn als Puhträger engagirt hatte. Als der Alford, den die Puhkolonne auszuführen hatte, beendet war, stellte U. dem B. weitere Beschäftigung in Aussicht. Er ersuchte denselben, nach der Brauerei Könnigshadt zur „Frühprache“ zu kommen. Diese Frühprache ist eine Einrichtung der Puhler, die einem Arbeitsschweizer gleichkommt. B. traf U. nicht am verabredeten Ort. Aus der Weiterbeschäftigung wurde nichts. B. hielt sich für engagirt und klagte nun gegen U. auf Lohn- entschädigung. Kläger wurde abgewiesen. Grund: Daß Kläger nach dem Ort hingestellt wurde, wo die Arbeit vermittelt wird, sei noch kein Engagement; der Arbeitsvertrag habe dort erst abgeschlossen werden sollen.

Eine Entschädigung im Betrage des ordentlichen Tage- lohnes für eine Woche verlangt der Malermeister V. o. v. von dem Maler M., weil dieser ohne Auffündigung die Arbeit verlassen habe. Der Beklagte giebt zu, ohne zu kündigen ge- gangen zu sein, behauptet aber, dazu ein Recht gehabt zu haben. Die Arbeit (Alfordarbeit) sei so schlecht bezahlt worden, daß er, Beklagter, beim Beginn derselben gleich zu W. geflohen hätte, er wolle erst einmal versuchen, ob er bei dem Preise zureichende. M. wurde zur Zahlung der beantragten 18,25 Mark verurtheilt. Gründe: Wenn Beklagter sagte, er wolle den Versuch machen, ob er zureich- komme, hätte er dadurch noch lange nicht das Recht gewonnen, mitten im Alford die Arbeit niederzulegen. Zudem er dies that brach er den Kontrakt; der Meister habe deshalb die Entschädi- gung im Betrage des ordentlichen Tageslohns für sechs Tage beanspruchen können, ohne den Nachweis eines Schadens liefern zu brauchen.

Der Arbeiter (Träger bei den Töpfern) M. klagt gegen den Töpfermeister Rees auf Zahlung von 72 M.; er begründet den Anspruch damit, daß er, nachdem die Töpferarbeiten auf einem Bau fertig waren, von Rees fest für einen anderen Bau engagirt worden sei, aber die Arbeit nicht habe antreten dürfen. Der Beklagte bestreitet das feste Engagement; er habe, behauptet er, dem Kläger nur Arbeit in Aussicht gestellt. Beschäftigung hätte er denselben nicht können, weil er selbst den betreffenden Auftrag nicht erhielt. Der Kläger beschwört, daß ihn der Beklagte bestimmt zur neuen Arbeit bestellt habe. Dieser wurde hierauf zur Zahlung von 72 M. verurtheilt. Das Gericht nahm an, daß den Beklagten der Umstand nicht ent- schuldige, daß er die fraglichen Töpferarbeiten nicht übertragen erhielt. Das Engagement gelte nach dem Eide des Klägers als erwiesen. Wegen Nichtinnehaltung desselben siehe ihm die Ent- schädigung zu.

Kammer III. Vorsitzender: Assessor Bohmeyer. Sitzung vom 26. Juni.

Die ein beabsichtigter Kündigungsaußschluß nicht vorgenommen werden soll, mußte zu seinem Beweise der Malermeister Ewert erfahren. Derselbe wandte gegen eine Lohnentschädigungsklage des Malers M. ein, dieser habe sich durch Unterschrift mit dem Ausschluß der geschlichen Kündigungsfrist einverstanden erklärt, und zwar nicht bloß ein- mal. Beklagter legte zum Beweise dessen ein Buch vor. Der Kläger behauptete nun seinerseits, er habe auf die Aufforderung des Beklagten, zu unterschreiben, in der Meinung Name, Wohnung, Geburtsort und Ort in das ihm vorgelegte Buch hineingeschrieben, daß es sich um die Anmeldung zur Kranken- kasse handele. Daß die Unterschrift die Kündigung betreffe, sei ihm vom Beklagten nicht gesagt worden und dies sei auch aus dem Buche nicht zu ersehen gewesen. Der Vorsitzende kon- statirte, daß das fragliche Buch nur auf der ersten Seite die Arbeitsbedingungen, darunter den Kündigungsaußschluß- Paragraphen enthalte, und daß dann auf den nächsten Seiten eine lange Reihe von Namen folge, von deren letzten auch die letzte Unterschrift des Klägers gehöre. Dieser habe allerdings auch vorn einige male unterschrieben (Kläger hat schon öfter beim Beklagten gearbeitet). Auf Befragen erklärte der Beklagte, nicht mehr zu wissen, ob er beim Vorlegen des Buches über den Zweck der Unterschrift sich ausgelassen habe. Das letzte Mal ist der Kläger ein halbes Jahr nach der Beendigung seiner vorletzten Beschäftigung beim Be- klagten eingetreten. Der Beklagte wurde verurtheilt 45 M. zu zahlen. Gründe: Der Einwand des Beklagten, daß Kläger den Vermerk unterschrieben habe, eine Kündigung finde nicht statt, sei aus folgenden Gründen als nicht erwiesen anzusehen, obwohl das Buch drei Mal den Namen des Klägers anweise. Erstens sei nicht erwiesen, daß der Beklagte zum Kläger aus- drücklich gesagt hat: „Unterschreiben Sie mal den Ausschluß der Kündigung.“ Eben weil der Beweis hierfür nicht erbracht ist, sei die bezüglich der Aufforderung zum Unterschreiben seitens des Klägers aufgestellte Behauptung als richtig anzunehmen. Dessen Angabe, er habe in der Annahme unterschrieben, daß es sich um die Krankenkasse handele, sei deshalb glaubhaft, weil er zu seinem Namen noch den Geburtsort und -Tag, sowie die genaue Adresse hinzugefügt habe, was sonst bei Unterschriften be- züglich der Arbeitsbedingungen nicht üblich sei. In Betracht komme auch, daß Kläger ein volles halbes Jahr nicht beim Beklagten gewesen sei, und daß er auf die mit seinem Namen versehenen Buchseite nichts fand, was auf den eigentlichen Zweck des Buches hindeuten konnte. Wollte sich der Beklagte für alle Fälle schützen, dann hätte er am Kopf jeder Seite den Vermerk an- bringen müssen: „Kündigung findet nicht statt“, oder er hätte in Zeugeneigenschaft auf den Zweck der Unterschrift ausdrücklich drücklich hinweisen müssen. Im vorliegenden Falle sei nach dem Resultat der Beweisführung der Ausschluß der Kündigung durch die Unterschrift nicht erfolgt.

Unter der Auflage schwerver Sittlichkeits-Ver- brechen stand gestern der Kaufmann Hermann Lesore vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung, welche bei verschlossenen Thüren stattfand, endete mit der Ver- urtheilung des Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren. Aus der Urtheilsverkündung ging hervor, daß Lesore, welcher Thurmstraße 47 einen Laden inne hatte, durch

### Witterungsübersicht vom 27. Juni.

| Stationen.       | Barometer- stand in mm, reduziert auf 0. Meeressp. | Windrichtung | Windstärke (Scala 1-12) | Wetter    | Temperatur (nach Celsius) (30 C. = 90 F.) |
|------------------|--|--------------|-------------------------|-----------|---|
| Ewinemünde . . . | 764  | NO           | 4                       | wolkig    | 18  |
| Hamburg . . .    | 766  | NO           | 2                       | wolkenlos | 16  |
| Berlin . . .     | 764  | N            | 4                       | wolkig    | 14  |
| Miesbaden . . .  | 767  | N            | 1                       | wolkig    | 15  |
| München . . .    | 767  | SW           | 2                       | wolkenlos | 14  |
| Wien . . .       | 762  | SWW          | 3                       | bedeckt   | 12  |
| Saparanda . . .  | 769  | SW           | —                       | wolkenlos | 20  |
| Petersburg . . . | 760  | NO           | 2                       | wolkenlos | 15  |
| Cort . . .       | 760  | O            | 4                       | bedeckt   | 17  |
| Aberdeen . . .   | 773  | DEO          | 1                       | wolkig    | 17  |
| Paris . . .      | 767  | NO           | 3                       | wolkenlos | 14  |

die umfangreiche Beweisaufnahme überführt worden war, sich in schwerer Weise gegen ein Kind von sieben Jahren vergangen zu haben.

**Vom Alexanderplatz.** Unter der Anklage der wissenschaftlichen Anschuldigung stand gestern der Schneidermeister Hermann Berndt vor der II. Strafkammer (Vor. Herr Brausewetter) des Landgerichts I. Berndt hatte unterm 21. Januar d. J. an das Polizeipräsidium ein Schriftstück eingereicht, worin er sich über den Kriminalkommissar Schulz beschwerte. Derselbe habe ihn in einer Strafsache als Zeuge laden lassen. Zunächst habe er vor seiner Vernehmung zwei Stunden warten müssen. Der Kommissar habe ihn dann noch sehr grob behandelt, ihn einen Lügner genannt, weil angeblich eine frühere Äußerung des Beschwerdeführers nicht mit seinen Angaben vor dem Kommissar in Einklang zu bringen sei und schließlich habe der Beamte Ausdrücke gebraucht, welche widerzulegen er sich schäme. Alle diese Behauptungen sollen wider besseres Wissen aufgestellt sein. Der Angeklagte blieb im Termine dabei, daß er in keinem Punkte von der Wahrheit abgewichen sei. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Angeklagte beim Aufruf gerade nicht zugegen gewesen war und hatte der Kommissar darauf andere Zeugen zugezogen. Der Beamte sagte aus, daß er nicht den Ausdruck „Lügner“ gebraucht, sondern nur darauf hingewiesen habe, daß der Zeuge früher die Unwahrheit gesagt haben müsse. Daß endlich seitens des Beamten ein Ausdruck gebraucht worden war, welcher nicht zu den parlamentarischen gehört, wurde von diesem eingeräumt, der Vorsitzende erklärte aber, daß dies bei dem Thema, über welches der Zeuge zu vernehmen war, entschuldigbar sei, ein Mann könne auch schwerlich durch die landläufige Bezeichnung zum Erröthen gebracht werden! Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten sechs Wochen Gefängnis, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schöppe, ausführte, daß der Angeklagte in keinem der Punkte wider besseres Wissen gehandelt habe.

Der Gerichtshof war anderer Meinung und verurtheilte den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis.

**Vom Schwurgericht in Magdeburg** wurden am 16. und 17. März der Maurer Gustav Dölge sen. und Dölge jun. aus Ebersdorf für schuldig erklärt, gemeinschaftlich mit anderen Personen an einer öffentlichen Zusammenrottung theilgenommen zu haben, welche Gewaltthätigkeiten gegen Personen beging. Dölge jun. außerdem, an einer öffentlichen Zusammenrottung theilgenommen zu haben, welche mit vereinten Kräften Beamte während der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes angriff. Dölge sen. wurde zu zwei, Dölge jun. zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. In der Revision führten die beiden Angeklagten proformale Beschwerden, indem sie Verletzung der Bestimmungen über die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen und Anfechtbarkeit bei der Befugung der Geschworenenbank rügten. Eine der letzteren rügten, die auch zur Aufhebung des Urtheils führte, daß der Vorsitzende vor Beginn der Ausloosung der Geschworenen mitgetheilt hatte, den Angeklagten seien acht, der Staatsanwaltschaft sieben Ablehnungen zu. Nachdem er aber mehrere Namen schon aus der Urne gezogen, schränkte er plötzlich seine frühere Aussage dahin ein, daß mit Rücksicht auf die voransichtlich längere Dauer der Verhandlung ein Ergänzungsgeschworener zugezogen werden müsse und den Angeklagten nicht acht, sondern nur sieben Ablehnungen zuzurechnen. Diese Einschränkung mitten in der Ausloosung sei aber, wie die Revision ausführte, unstatthaft, denn der Verteidiger müsse sich bei der Ablehnung der Geschworenen nach der ihm zu Gebote stehenden Zahl von Anfang an richten. Auch Reichsanwalt Schumann hielt diesen Revisionsgrund für begründet und das Verfahren bei Bildung der Geschworenenbank für inkorrekt. Nach § 277 der Strafprozeß-Ordnung dürfe die Zuziehung eines Ergänzungsgeschworenen nur vor dem Beginn der Ausloosung angeordnet werden. Die Folge dieser Rechtsverletzung sei im vorliegenden Falle sofort zutage getreten in der thatsächlichen Verurtheilung des Ablehnungsrechtes der Angeklagten. Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts schloß sich diesen Ausführungen an, hob das Urtheil, so weit es die beiden Residenten betrifft, auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück.

**Mannheim.** Nach dem am Mittwoch veränderten Urtheile in dem Prozesse gegen Richard Traumann und die drei Inhaber der Firma Salomon Naas, wurden die Angeklagten von der Anklage der Untreue respektive der Weisheit zur Untreue freigesprochen. Aus den Entscheidungsgründen theilt die „Neue Badische Landeszeitung“ mit, daß in der Aufstellung von Weisheit von Seiten Traumann's nicht der von dem Strafgesetze § 266 Absatz 2 verlangte Begriff der „Vermögensschädigung“ erfüllt werden könne, auch habe Traumann nicht erwarten können, daß Naas falliren würde, ebenso habe Naas nicht voraussehen können, daß Traumann, den sie für sehr reich haltend, in Zahlungsvorlegenheiten gerathen würde.

### Soziale Uebersicht.

**Achtung, Kartonarbeiter!** Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den 1. Juli, Vormittags 10 Uhr, bei Wille, Andreasstraße 26, statt. Es ist Pflicht aller Kollegen, zu dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, da über die Organisationsfrage ein endgiltiger Beschluß gefaßt werden soll. J. A.: Der Vertrauensmann.

**Zum Streik der Deister-Bergleute** erläßt die Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung folgenden Aufruf: Kameraden! Der Streik unserer Leidensgenossen am Deister ist in ein ernstes Stadium getreten; er wird langwierig. Die Bergwerksbourgeoisie der Zeche Antonie beharrt hartnäckig auf ihrem Standpunkt, keine Löhne zu zahlen, auch soll an der bisherigen Disziplin nichts geändert werden. Aber die streikenden Kameraden haben beschlossen, auszuharren, lieber zu hungern, als in das alte Joch zurückzukehren. Schon seit mehreren Wochen dauert der Streik, darum ist schnelle Hilfe jetzt dringend geboten. Am 7. Juni ist im Streitgebiet folgende Resolution angenommen: „Die heute im Saale des Bahnhofs tagende öffentliche Volksversammlung erkennt die Forderungen der streikenden Bergarbeiter in Wanstrop als berechtigt an und verpflichtet sich, die Streikenden mit allen Kräften, moralisch wie materiell, zu unterstützen.“ Eifern wir diesen Worten nach. Sammeln wir schnell zur Unterstützung unserer kämpfenden Kameraden am Deister. Es ist eine Ehrensache für uns, die 500 Leidensbrüder am Deister im Kampfe für ihr gutes Recht über Wasser zu halten. — Gelder zur sofortigen Weiterbeförderung nimmt unser Verbandskassirer Johann Meyer, Bochum, Fahrwenderstr. 24, entgegen.

**Wolkstein.** Robert Bauer n. l. e. g. n. In dem eine halbe Stunde von hier entfernten Orte Wolkstein wohnt ein Großgrundbesitzer namens Lehfeld, der zugleich vielfacher Millionär ist. Dieser Agrarier, welcher zwar nicht von seinen Standesgenossen für voll anerkannt wird, weil er nebenbei Jude ist, hat es verstanden, innerhalb zehn Jahren ein ganzes Bauerndorf bis auf ein Gehöft zu verzeihen. Mithruten der Bauern und die sich daran anschließenden Geldverlegenheiten kamen Herrn Lehfeld so zu gute, daß ein Stück Land nach dem andern in den Bereich seines gütigen, damals großen Besitzes fiel und so verschwand ein Bauerndorf nach dem andern von der Bildfläche. Der frühere Name des Ortes war Powodowo. Damit die Nachwelt nun Herrn Lehfeld in gutem Andenken behalten möge, hat er die Stätte mit Genehmigung der Regierung nach seinem Namen umgetauft. Der letzte der ehemals ansässigen Bauern ist dem Herrn Rittergutsbesitzer natürlich ein Dorn im Auge. Durch fortwährende Grenzstreitigkeiten wird dieser letzte seines Stammes schließlich hinaus-

gegraut werden. Der Bauer hat sich genöthigt gesehen, wegen Grenzverletzungen gegen den Gutsherrn - Millionär Nagbar zu werden. Der Prozeß dauert schon Jahre und wird wahrscheinlich mit der Verurtheilung des Bauern, zur Tragung der Kosten, welche ziemlich 1000 M. ausmachen, enden. Auf diese Weise verliert der Bauer sein Vermögen, und es ist nicht schwer voranzusehen, wann auch dieser letzte der Ausgekauften als Proletarier nach der Stadt ziehen oder als moderner Selbstgenüger seinen früheren Grund und Boden bestellen wird. Der „antikollektivistische Bauernschädel“ wird zerdrückt durch den Geldsack des Großgrundbesitzers. Auch die Bauern lernen dadurch immer mehr einsehen, daß die Verstaatlichung von Grund und Boden durch die sozialdemokratische Gesellschaft ihnen nur zum Nutzen gereichen kann.

**Der Wiener Tischlerstreik,** welcher nach den Mittheilungen der gemäßigten Presse mit einer Niederlage der Streikenden endigt haben soll, dürfte nach dem folgenden, uns verbürgten Bericht kaum eine solche Bezeichnung verdienen. Wenn die gestellten Forderungen auch nicht im vollen Umfange erreicht wurden, so ist doch in mehreren großen Fabriken die 8stündige Arbeitszeit, und in etwa 500 Werkstätten, in denen vorher noch eine 12-14stündige Arbeitszeit üblich war, die 10stündige Arbeitszeit eingeführt worden. Außerdem wurden in ca. tausend Werkstätten und Fabriken eine 10-20prozentige Lohnerhöhung erreicht. Dies kann schon als ein nennenswerther Erfolg bezeichnet werden, umso mehr, als sich auch hier wieder einmal Behörden und Unternehmern zur Vertheidigung des gefährdeten „Profits“ zusammenfanden. Massenhaften Verhaftungen und Pfändungen waren die Streikenden ausgesetzt, welche mit bewundernswerther Ausdauer trotz der geringen Unterstützung den Kampf um eine menschenwürdige Existenz gegen das Unternehmertum ausfocht.

**Die reine Gewaltthätigkeit herrscht in Jazyge** in Schlesien, wie ein Winkelblättchen von dort meldet. Natürlich läßt Niemand anders als die „bösen“ Sozialdemokraten diese „Herrschaft“ aus. Was die ehrbaren Bürger alles über sich ergehen lassen müssen, darüber folgendes: Die beiden gemäßigten Delegirten vom Berliner Bergarbeiter-Kongreß entfallen, wie wir bereits mittheilten, unter ihren Berufsgenossen eine recht lebhaftige Agitation, die auch von den Bergarbeitern eifrig unterstützt wurde. Natürlich griff man zu dem altbewährten Mittel gegenüber dieser für den Spießbürger erschreckenden Wendung der Dinge, und verweigerte den Arbeitern die Säle zur Abhaltung der Versammlungen. Die Antwort blieben die Arbeiter nicht schuldig, denn sofort wurde die Parole ausgegeben, niemand verhebt bei den Saalverweigerern; und mit geradezu erbaulicher Gewissenhaftigkeit wurde dieser Aufforderung nachgegeben, so daß sich der Birth sehr bald genöthigt sah, seine „edlen“ Absichten fallen zu lassen. Diese Wirkung hatten wohl die Herren nicht vorausgesehen. Die Maßregelung der Kollegen, die Saalverweigerung, die ganzen elenden Zustände der Bergarbeiter ließ bei dem sonst in treuer Ergebenheit gegen seinen Arbeitgeber und in Unwissenheit dahinwandelnden Arbeiter ein Licht der Erkenntnis aufleuchten. Die Mittel die man gegen uns anwendet, nützen uns. — In voriger Woche war nun der Herr Berghauptmann Freund zur Inspektion der fiskalischen Gruben hergekommen und wie sich das gehört, ist alles sein säuberlich in Ordnung gewesen. Von unseren Genossen meldeten sich vier abgelegte Bergleute, die um eine Audienz bei dem Herrn nachsuchten, um ihn auf einige Schattenseiten des Betriebes aufmerksam zu machen. Die Arbeiter wurden nicht gehört. Am 22. dieses Monats fand nun eine Versammlung statt, die von 2000 Bergleuten besucht war, die folgende Resolution einstimmig angenommen hat: Die Bergarbeiter erwarten, daß Herr Berghauptmann Freund noch mehrmals hierher kommt und die Vertreter der Arbeiterinteressen in Audienz empfangen. — Man sieht, auch im schwärzesten Winkel regen sich die Geister. Ein Glück! In den tapferen Genossen.

**Die Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder** und verwandter Geschäftszweige (C. O. St. Leipzig) fand in Nürnberg am 24. und 25. Juni 1894 statt. Nach dem Geschäftsbericht hatte die Kasse bei Beginn des Jahres 1894 7068 Mitglieder und einen Kassenbestand von 133 092 M. 5 Pf. Im Laufe des Jahres 1893 sind 959 Mitglieder eingetreten, 231 ausgestritten und 444 ausgeschlossen. Die Einnahme betrug im Jahre 1893 128 144,92 M. die Ausgabe 129 482,23 M. Bei den Statutenberatungen ist es hauptsächlich der Antrag München auf Umgestaltung der Kasse in Zuschußkassen, welcher eine lange Debatte hervorruft, doch wird derselbe gegen 2 Stimmen abgelehnt.

**Ueber die Entwicklung der Krankenversicherung** im Jahre 1893 berichtet das erste diesjährige Vierteljahressheft der Statistik des Deutschen Reichs. Vorhanden waren demnach Krankenkassen im Jahre 1885 17 511, 1891 21 498, 1892 21 598.

Zahl der Mitglieder

|                             | 1887      | 1891      | 1892      |
|-----------------------------|-----------|-----------|-----------|
| Gemeindeversicherung        | 623 000   | 1 166 893 | 1 179 845 |
| Orts-Krankenkassen          | 1 700 000 | 2 900 004 | 2 998 379 |
| Fabrik-Krankenkassen        | 1 321 000 | 1 750 508 | 1 742 598 |
| Bau-Krankenkassen           | 12 000    | 27 293    | 29 788    |
| Innung-Krankenkassen        | 35 000    | 78 064    | 76 411    |
| Eingeschriebene Hilfskassen | 724 000   | 638 431   | 796 340   |
| Landrechtliche Hilfskassen  | 145 000   | 138 858   | 151 494   |

Auf je ein Mitglied trafen im Durchschnitt der Jahre:

|                  | 1885 | 1886 | 1887 | 1891 | 1892 |
|------------------|------|------|------|------|------|
| Erkrankungsfälle | 0,4  | 0,4  | 0,4  | 0,3  | 0,4  |
| Krankheitstage   | 6,1  | 6,2  | 5,9  | 5,9  | 6,1  |

1891 1892

|                            | 1887       | 1891       | 1892      |
|----------------------------|------------|------------|-----------|
| Erkrankungsfälle überhaupt | 2 397 828  | 4 798 620  | 2 478 287 |
| Krankheitstage überhaupt   | 40 798 620 | 42 756 026 |           |

Erkrankungsfälle

|                             | 1887 | 1891 | 1892 |
|-----------------------------|------|------|------|
| Gemeinde-Versicherung       | 0,8  | 0,3  | 0,3  |
| Orts-Krankenkassen          | 0,4  | 0,3  | 0,4  |
| Fabrik                      | 0,4  | 0,4  | 0,4  |
| Bau                         | 0,6  | 0,5  | 0,5  |
| Innung                      | 0,4  | 0,3  | 0,3  |
| Eingeschriebene Hilfskassen | 0,4  | 0,4  | 0,4  |
| Landrechtliche              | 0,3  | 0,3  | 0,3  |

Krankheitstage

|                             | 1887 | 1891 | 1892 |
|-----------------------------|------|------|------|
| Gemeinde-Versicherung       | 4,7  | 4,1  | 4,2  |
| Orts-Krankenkassen          | 5,9  | 6,0  | 6,2  |
| Fabrik                      | 5,9  | 6,3  | 6,4  |
| Bau                         | 8,7  | 6,9  | 7,7  |
| Innung                      | 4,8  | 4,9  | 5,3  |
| Eingeschriebene Hilfskassen | 6,7  | 7,3  | 7,8  |
| Landrechtliche              | 6,8  | 6,9  | 7,1  |

Die Statistik ergibt das allmähliche Zurückdrängen der freien Hilfskassen und der landrechtlich genehmigten Kassen. Der gesammte Mitgliederzuwachs kommt den Zwangs-kassen, zu denen auch die Fabrik-kassen gehören, zu gute. Die Zwangs-kassen haben sich seit 1887 um 2 277 056 Mitglieder vermehrt, während alle anderen Kassen, welche von der Zwangsversicherung embinden, nur eine Zunahme von 118 118 Mitgliedern zu verzeichnen haben. Der Löwenheil des Mitgliederzuwachses fällt den Orts-kassen zu mit einem Zugang von 1 298 875 Mitgliedern. Die Orts-kasse wird für die Industriebewohner die Versicherung der Zukunft. Auffallend ist, daß bei allen Krankenkassen — die Bau-kassen können wegen ihrer geringen Mitgliederzahl nicht in Betracht kommen — die Krankheits-tage sich vermehrt haben, während bei der Gemeindeversicherung eine Verminderung der Krankheits-tage eingetreten ist.

**Weichensteller-Streik in Amerika.** Aus Chicago wird telegraphisch: Gestern Abend ordnete der amerikanische Eisenbahnarbeiter-Verband an, daß die Weichensteller der Illinois-Zentralbahn die Arbeit einstellen sollen. Durch den Streik sollen die Pullmannwagen boykottirt werden. Die Führer der Arbeiter behaupten, der Streik werde sich bald auf fünf andere Bahnen ausdehnen.

### Verfammlungen.

**Im sechsten Wahlkreise (Rosenthaler Vorstadt)** tagte am 26. Juni eine öffentliche Volksversammlung, in welcher Genosse Wagnere über „Volksbildung und Klassenbewußtsein“ referirte. Redner zeigte, wie wenig der Staat für die Volksschule thut und wie jämmerlich es daher mit der Volksbildung bestellt ist. Die besitzende Klasse hat eben die Aufklärung des Proletariats zu sehr zu fürchten. Darum erstrecken sich auch die Vorträge in den Bezirksvereinen, welche angeblich die Volksbildung heben sollten, auf alles Andere, nur nicht auf das, was die Arbeiter anging. Des Pudels Kern bei dieser Vernachlässigung der Proletarierbildung sprach Schulze-Delblich in seiner Antwort an das Leipziger Arbeiter-Komitee aus, indem er sagte: „Kümmert Euch nicht um Politik“. Der Proletarier ist aber dank der Agitation eines Bassalle und Anderer zum Klassenbewußtsein erwacht und läßt sich nicht mehr von der Politik fern halten. Seine Fortbildung sucht er nunmehr in den Wissenszweigen, welche ihm das Verhältniß der Politik und damit auch das seiner Lage erschließen, Wissenszweige, welche z. B. auf der Berliner Bildungsschule gepflegt werden. (Beifall.) In der Diskussion empfahl Genosse Kiesel die sozialistische Literatur zur Lektüre. Unter Verschwiegenem wurden einige Mittheilungen zur Boykottliste gemacht. Ein Redner meinte, die Berliner Bauarbeiter, die in Vororten thätig sind, könnten dort den Bierboykott noch etwas besser beachten, als es bisher geschehen. Genosse Gnadt forderte die Frauen auf, bei dem Einkauf von Fleisch sich die nöthige Vorsicht walten zu lassen, und Wagner schloß diese Worte mit der Ermahnung an, unsere Frauen aufzurütteln, daß sie uns in diesem Kampfe zur Seite stehen.

**Ueber die Unterstufungsfrage** debattirte eine öffentliche Wötkerverammlung, welche am Mittwoch Vormittag abgehalten wurde. Nachdem die vorige Versammlung die Unterstufungen in gleicher Höhe mit denen der Brauerei-Arbeiter festgestellt hatte, sind der Lohnkommission mehrfach Beschwerden zugegangen, so daß sich dieselbe veranlaßt sah, diese Frage nochmals zur Prüfung vorzulegen. Die meisten Redner, welche für eine Herabsetzung des betreffenden Beschlusses eintraten, hielten die Unterstützung der unverheiratheten Kollegen in Betracht ihrer Leistungen für zu gering bemessen und setzten es auch durch, daß nach längerer Debatte laut Antrag Winkelmann die Unterstufung für Ledige auf 9 M., für Verheirathete auf 10,50 M. und für jedes Kind 75 Pf. extra bemessen wurde. Eine Reihe weiterer Anträge waren damit gefallen. — Als Entscheidung für die Thätigkeit der Lohnkommission wurden jedem Mitglied derselben 2 M. pro Woche zugebilligt. Der Beschluß, sei einstimmig gefaßt, bezieht sich auf die Zeit nach dem 15. Mai etc. Man beschloß im ferneren, die Kommission, die durch Austritt einiger Mitglieder auf fünf Personen reduziert war, in dieser Stärke bestehen zu lassen. — Die gänzlich wahrheitswidrigen Behauptungen des letzten Wötker'schen Flugblattes, betreffs den Ursprung des Boykotts, die Waise der Berliner Wötker, wurden scharf gebrandmarkt. Als sehr charakteristisch bezeichnete man die Haltung mancher Streikbrecher. Ein gewisser Matschke (jetzt in der Brauerei Königsstadt beschäftigt) hatte seinerzeit lebhaft für die Waise etc. agitirt, war aber dann einer der ersten die „umfielen“. In der Versammlung gelangte ein Brief der Breslauer Kollegen zur Verlesung, in welchem vor diesem Herrn gewarnt wird.

**Die Einkatene Berlin** und Umgegend verhandelt in der am Montag bei Deigmüller abgehaltenen öffentlichen Versammlung über die Stellungnahme des Zentralvorstandes bezw. Beschließung der Einigungs-konferenz. A l e i n e r t r e f a p u l i s t i r t e in großen Zügen die Entwicklung der Bewegung im Studatergewerbe, welche besonders in den 80er Jahren gute Erfolge zu verzeichnen hatte. Infolge der sehr ungünstigen Konjunktur im Baugewerbe lasse auch die Beteiligung der Kollegen manches zu wünschen übrig, falsch wäre es jedoch, die Form der Organisation dafür verantwortlich zu machen. Redner ersucht, nicht den Spuren derjenigen Gewerkschaften zu folgen, welche in müßigen Formenstreit die kostbare Zeit verträdeln, sondern für Berlin wenigstens an der bewährten losen Zentralisation fest zu halten. — Dem Referat folgte eine ersehnte Debatte, in der die Vorgesätze der zentralen und losen Zentralisation von den Rednern Dastke, Gränerberg, Marler, Krebs, Pestel, Heindorf, Kruse etc. je nach dem Standpunkt des Einzelnen hervorgehoben wurden. Die mehrstündige Diskussion endete damit, daß eine Resolution zur Annahme gelangte, in welcher die Aufrechterhaltung der bisherigen Form — losse Zentralisation — betont wird. Für die Agitationskommission erstattete hierauf Grünerberg den Rechenschaftsbericht. Einer Einnahme von 278,06 M. steht eine Ausgabe von 295,15 M. gegenüber; Minus somit 17,10 M. Die Abrechnung des Berliner Vertrauensmannes Müller ergab eine Einnahme von 312,55 M. und eine Ausgabe von 240,29 M., mithin Bestand 72,26 M.; hiervon wurden 20 M. den ausgesperrten Brauerei-Arbeitern zugebilligt. Die Vertrauensleute für Schöneberg und Charlottenburg brachten ebenfalls ihren Bericht zur Kenntniß der Versammlung. Zu Revisoren wurden die Kollegen Jakob, Dastke und Mohr bestimmt.

**Rixdorf.** Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hatte am 20. Juni eine Mitglieder-Versammlung einberufen, in der Kollege Wiedemann einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag hielt. Zur Besprechung gelangten sobann die Werkstattverhältnisse in der Fabrik von Laborenz. Die Angelegenheit soll demnächst in einer öffentlichen Versammlung zur Erledigung kommen. Die Vertrauensmänner der Werkstätte wurden zum 5. Juli, Abends 8 Uhr zu einer Besprechung nach dem Arbeitsnachweise bei Hoffmann eingeladen. Auf Antrag des Kollegen Dohrmann wird die Zahlstelle von Duschek, Bergstraße, verlegt. Ein anderer Lokal ist noch nicht bestimmt, da man sich hierbei nach der Zentral-Krankenkasse der Tischler richten will. Sodann wird eine Resolution angenommen, in der sich die Anwesenden verpflichten, kein Ringbier zu trinken. Die nächste Versammlung findet am 18. Juli statt.

**In Britz** tagte am 25. Juni eine öffentliche, gut besuchte Volksversammlung, in welcher Genosse Th. Mehnert aus Berlin über den Bierboykott und die Saalverweigerung referirte. Redner besprach die Ursachen und den bisherigen Verlauf des uns aufgezogenen Kampfes gegen die Brauereipropheten, zeigte, daß auch der neueste Schlag, welchen jene Ehrenmänner der Arbeiterchaft verzeihen wollten, seine Wirkung verfehlt hat, da diejenigen Arbeiter, welche gern einmal tanzen gehen, sich sagen: „Wollen die Saalhaber unsere Groschen bei Versammlungen nicht, so geben wir sie ihnen auch nicht bei Vergnügungen.“ Nur dieses einige Zusammenstehen aller Arbeiter giebt uns die Gewißheit des Sieges über die Willkür der Kapitalisten. (Beifall.) In der Diskussion gaben mehrere Redner ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Priher Saalbesitzer, die alle von den Arbeitern leben, sich den Forderungen des Brauereiringes so willfährig gezeigt haben. Nachdem noch Genosse Mehnert ermahnt hatte, den Frauen aus-einanderzusetzen, wie nothwendig es ist, daß sie in diesem Kampfe uns zur Seite stehen, wählte die Versammlung eine Bier-kommission von 11 Personen, worauf Genosse Gottwald von der Gemeindevahl, wie folgt, abrechnete: Die Einnahmen betragen 64,05 M., die Ausgaben 81,30 M., es blieb also ein Ueberschuß

